

115

VORARLBERGER

# LANDESGESETZBLATT

Jahrgang 2012

Herausgegeben und versendet am 16. August 2012

28. Stück

|                               |  |
|-------------------------------|--|
| <b>60. Verfassungsgesetz:</b> | <b>Landesverfassung, Änderung</b><br>XXIX. LT: RV 62/2012, 5. Sitzung 2012                     |
| <b>61. Gesetz:</b>            | <b>Wahlrechtsänderungsgesetz 2012 – Sammelnovelle</b><br>XXIX. LT: RV 63/2012, 5. Sitzung 2012 |
| <b>62. Gesetz:</b>            | <b>Pflanzenschutzgesetz, Änderung</b><br>XXIX. LT: RV 65/2012, 5. Sitzung 2012                 |
| <b>63. Gesetz:</b>            | <b>Schulerhaltungsgesetz, Änderung</b><br>XXIX. LT: RV 66/2012, 5. Sitzung 2012                |
| <b>64. Gesetz:</b>            | <b>Pflichtschulorganisationsgesetz, Änderung</b><br>XXIX. LT: RV 67/2012, 5. Sitzung 2012      |
| <b>65. Gesetz:</b>            | <b>Pflichtschulzeitgesetz, Änderung</b><br>XXIX. LT: RV 68/2012, 5. Sitzung 2012               |
| <b>66. Gesetz:</b>            | <b>Landeslehrer-Diensthoheitsgesetz, Änderung</b><br>XXIX. LT: RV 69/2012, 5. Sitzung 2012     |
| <b>67. Verordnung:</b>        | <b>Geschäftsordnung für die Kulturbeiräte und Kunstkommissionen</b>                            |
| <b>68. Verordnung:</b>        | <b>Schulsprengel der öffentlichen Polytechnischen Schulen, Änderung</b>                        |
| <b>69. Verordnung:</b>        | <b>Abgabegruppenverordnung, Änderung</b>   |

## 60.

### Verfassungsgesetz

#### über eine Änderung der Landesverfassung

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesverfassung, LGBl.Nr. 9/1999, in der Fassung LGBl.Nr. 33/2001, Nr. 14/2004, Nr. 43/2004, Nr. 34/2007, Nr. 52/2007, Nr. 16/2008, Nr. 22/2008, Nr. 34/2009, Nr. 2/2012 und Nr. 51/2012, wird wie folgt geändert:

1. Dem Art. 3 wird folgender Abs. 3 angefügt:  
„(3) Im Hinblick auf das Wahl- und Stimmrecht einer Person gilt für die Dauer einer Festnahme oder Anhaltung der letzte Hauptwohnsitz vor der Festnahme oder Anhaltung als Hauptwohnsitz.“
2. Der Art. 79 entfällt.

**Die Landtagspräsidentin:**

Dr. Bernadette Mennel

**Der Landeshauptmann:**

Mag. Markus Wallner

## 61. Gesetz

### über eine Änderung des Landtagswahlgesetzes, des Gemeindewahlgesetzes, des Landes-Volksabstimmungsgesetzes und des Wählerkarteigesetzes (Wahlrechtsänderungsgesetz 2012 – Sammelnovelle)

Der Landtag hat beschlossen:

#### Artikel I

Das Landtagswahlgesetz, LGBl.Nr. 60/1988, in der Fassung LGBl.Nr. 36/1994, Nr. 65/1997, Nr. 22/1999, Nr. 58/2001, Nr. 6/2004, Nr. 15/2004, Nr. 37/2007, Nr. 53/2007, Nr. 23/2008, Nr. 36/2009 und Nr. 25/2011, wird wie folgt geändert:

1. Der § 6 Abs. 2 lit. c lautet:  
„c) Stimmabgabe vor einer Wahlkommission für Gehunfähige im Falle des Abs. 3 lit. b sowie des § 45 Abs. 3 oder“
2. Im § 6 Abs. 3 lit. b wird nach dem Wort „Antragstellung“ die Wortfolge „unter Angabe der Adresse der gewünschten Stimmabgabe“ eingefügt.
3. Im § 6 Abs. 4 wird im ersten Satz das Wort „Gemeindewahlleiter“ durch das Wort „Bürgermeister“ ersetzt; der letzte Satz entfällt.
4. Nach dem § 6 Abs. 4 wird folgender Abs. 5 eingefügt:  
„(5) Die Ausstellung von Gleichstücken für abhanden gekommene Wahlkarten ist unzulässig. Unbrauchbar gewordene Wahlkarten können an die Gemeinde retourniert werden, wenn sie noch nicht zugklebt wurden und die eidesstattliche Erklärung noch nicht unterschrieben wurde. Die Gemeinde hat daraufhin ein Duplikat auszustellen. Die unbrauchbar gewordene Wahlkarte ist mit einem entsprechenden Vermerk zu kennzeichnen und der Gemeindewahlbehörde zu übermitteln. Diese hat die Wahlkarte dem Wahlakt der Gemeinde anzuschließen.“
5. Im § 6 werden die bisherigen Abs. 5 bis 8 als Abs. 6 bis 9 bezeichnet; im nunmehrigen Abs. 6 letzter Satz wird der Ausdruck „Abs. 8“ durch den Ausdruck „Abs. 9“ ersetzt; dem nunmehrigen Abs. 7 wird folgender Satz angefügt: „Im Fall der Ausstellung einer Wahlkarte gemäß Abs. 3 lit. b an einen Wahlberechtigten, der sich nicht in der Gemeinde aufhält, in deren Wähler-

verzeichnis er eingetragen ist, hat der Bürgermeister den Bürgermeister der Gemeinde zu verständigen, in deren Bereich sich die Adresse der gewünschten Stimmabgabe befindet.“; im nunmehrigen Abs. 8 zweiter Satz wird das Wort „Gemeindewahlleiters“ durch die Wortfolge „Bürgermeisters bzw. des für den Bürgermeister tätigen Bediensteten“ ersetzt.

6. Der § 7 Abs. 2 dritter Satz wird durch folgenden Satz ersetzt: „Für den Fall seiner vorübergehenden Verhinderung hat der Vorsitzende einer Gemeinde- oder Sprengelwahlbehörde einen Stellvertreter zu bestellen; der Vorsitzende der Landes- oder einer Bezirkswahlbehörde hat für diesen Fall mehrere Stellvertreter zu bestellen und die Reihenfolge zu bestimmen, in der diese zur Vertretung berufen sind.“
7. Im § 7 Abs. 7 erster Satz wird der Ausdruck „Abs. 5“ durch den Ausdruck „Abs. 6“ ersetzt.
8. Der § 19 Abs. 1 lautet:  
„(1) Wahlberechtigt ist, wer am Stichtag der Wahl (§ 22 Abs. 1) Landesbürger ist, spätestens am Wahltag das 16. Lebensjahr vollendet hat und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen ist.“
9. Die §§ 20 und 21 lauten:

#### „§ 20

#### Ausschluss vom Wahlrecht

(1) Vom Wahlrecht ist ausgeschlossen, wer durch ein inländisches Gericht vom Wahlrecht nach § 22 Abs. 1 der Nationalrats-Wahlordnung 1992 ausgeschlossen wurde.

(2) Der Ausschluss vom Wahlrecht beginnt mit Rechtskraft des Urteils und endet, sobald die Strafe vollstreckt ist und die mit Freiheitsentziehung verbundenen vorbeugenden Maßnahmen vollzogen oder weggefallen sind; ist die Strafe nur durch Anrechnung einer Vorhaft verbüßt worden, so endet der Ausschluss mit Rechtskraft des Urteils. Fällt das Ende des Ausschlusses vom Wahlrecht in die Zeit nach dem

Stichtag, so kann bis zum Ende des Einsichtszeitraums (§ 23 Abs. 1) die Aufnahme in das Wählerverzeichnis begehrt werden.

## § 21

### Wählbarkeit

(1) Wählbar ist jeder Landesbürger, der spätestens am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet hat und nicht durch ein inländisches Gericht wegen einer oder mehrerer mit Vorsatz begangener strafbarer Handlungen zu einer mehr als einjährigen Freiheitsstrafe rechtskräftig verurteilt worden ist. Der Ausschluss von der Wählbarkeit endet nach sechs Monaten. Die Frist beginnt, sobald die Strafe vollstreckt ist und mit Freiheitsentziehung verbundene vorbeugende Maßnahmen vollzogen oder weggefallen sind; ist die Strafe nur durch Anrechnung einer Vorhaft verbüßt worden, so beginnt die Frist mit Rechtskraft des Urteils.

(2) Ist nach anderen gesetzlichen Bestimmungen der Eintritt von Rechtsfolgen ausgeschlossen, sind die Rechtsfolgen erloschen oder sind dem Verurteilten alle Rechtsfolgen nachgesehen worden, so ist er auch von der Wählbarkeit nicht ausgeschlossen. Der Ausschluss von der Wählbarkeit tritt ferner nicht ein, soweit das Gericht die Strafe bedingt nachgesehen hat. Wird die bedingte Nachsicht widerrufen, so tritt mit dem Tag der Rechtskraft dieses Beschlusses der Ausschluss von der Wählbarkeit ein.“

10. Im § 23 Abs. 1 vorletzter Satz wird die Wortfolge „auch an Feier-, nicht aber an Sonntagen“ durch die Wortfolge „an Sonn- und Feiertagen keine“ ersetzt.
11. Im § 23 Abs. 3 zweiter Satz werden das Wort „ist“ durch das Wort „sind“ ersetzt und nach dem Wort „Unrichtigkeiten“ die Wortfolge „sowie Änderungen aufgrund von Anträgen nach § 20 Abs. 2 letzter Satz“ eingefügt.
12. Dem § 23 wird folgender Abs. 9 angefügt:  
„(9) Der Bürgermeister hat den im Landtag vertretenen Parteien eine Ausfertigung des Wählerverzeichnisses auf Verlangen unverzüglich, frühestens jedoch am ersten Tag seiner Auflegung auszufolgen. Gleiches gilt für andere wahlwerbende Parteien, wenn das Verlangen frühestens gleichzeitig mit der Einbringung des Wahlvorschlages gestellt wird. Kosten sind nur zu ersetzen, wenn die Ausfertigung des Wählerverzeichnisses nicht in elektronischer Form ausgefolgt wird.“

13. Im § 24 erster Satz wird das Wort „und“ nach dem Wort „abzuschließen“ durch einen Punkt und die Wortfolge „Das abgeschlossene Wählerverzeichnis ist“ ersetzt.

14. Im § 26 Abs. 1 erster Satz werden nach dem Wort „Land“ ein Beistrich und die Wortfolge „der keine Wahlkarte beantragt hat,“ eingefügt.

15. Im § 27 Abs. 2 wird die Zahl „44.“ durch die Zahl „51.“ ersetzt.

16. Im § 31 Abs. 1 zweiter Satz wird die Zahl „37.“ durch die Zahl „44.“ ersetzt.

17. Im § 32 Abs. 1 wird das Wort „vier“ durch das Wort „fünf“ ersetzt.

17a. Im § 34 Abs. 4 wird das Wort „Gehbehinderte“ durch die Wortfolge „Menschen mit Geh- oder Sehbehinderung“ ersetzt.

18. Im § 40 Abs. 2 wird der zweite Satz durch folgende Sätze ersetzt:  
„Wahlkartenwählern aus anderen Wahlbezirken ist ein nur für solche Wahlkartenwähler bestimmter, verschließbarer Briefumschlag auszuhandigen, auf welchem der Wahlleiter die Bezeichnung des auf der Wahlkarte angegebenen Wahlbezirkes deutlich lesbar anzubringen hat. Ihm ist zudem ein Wahlkuvert und ein Stimmzettel des entsprechenden Wahlbezirkes auszuhandigen, sofern er nicht darüber verfügt.“

19. Im § 40 Abs. 3 werden der dritte bis sechste Satz durch folgende Sätze ersetzt:

„Wahlkartenwähler aus anderen Wahlbezirken haben das Wahlkuvert zudem in den Briefumschlag nach Abs. 2 zu legen und diesen zu verschließen. Der Wähler hat sodann aus der Wahlzelle zu treten und das Wahlkuvert oder den verschlossenen Briefumschlag dem Wahlleiter zu übergeben. Der Wahlleiter hat das Wahlkuvert ungeöffnet in die allgemeine Wahlurne zu legen; den Briefumschlag eines Wahlkartenwählers aus einem anderen Wahlbezirk hat er in eine besondere Wahlurne zu legen.“

20. Im § 40 Abs. 4 werden die lit. a und b durch folgende lit. a, b und c ersetzt:

- a) Wahlkartenwählern aus anderen Wahlbezirken einen Briefumschlag aushändigt und darauf die im zweiten Satz des Abs. 2 vorgesehene Bezeichnung anbringt,
- b) Wahlkartenwählern aus anderen Wahlbezirken erklärt, dass das Wahlkuvert in diesen Umschlag zu legen und der Umschlag zu


- verschließen ist, und  
c) die Briefumschläge solcher Wähler in die besondere Wahlurne legt.
21. Im § 45 Abs. 1 wird der erste Satz durch folgenden Satz ersetzt:  
„Die Wahlkommission für Gehunfähige einer Gemeinde hat jene Wahlberechtigten aufzusuchen, denen gemäß § 6 Abs. 3 lit. b eine Wahlkarte ausgestellt wurde und die sich in der betreffenden Gemeinde an jener Adresse aufhalten, die sie bei Beantragung der Wahlkarte angegeben haben.“; im zweiten Satz wird der Ausdruck „17:00 Uhr“ durch die Wortfolge „zum Schließen des letzten Wahllokals in der Gemeinde“ ersetzt.
22. Im § 45 Abs. 3 wird die Wortfolge „nicht gehunfähige“ durch das Wort „andere“ ersetzt.
23. Im § 45a Abs. 2 wird im vorletzten Satz die Wortfolge „haben die Identität des Wählers sowie der Ort und der Zeitpunkt (Datum und Uhrzeit) des Verschließens der Wahlkarte“ durch die Wortfolge „hat die Identität des Wählers“ ersetzt; der letzte Satz entfällt.
24. Im § 45a Abs. 3 wird die Wortfolge „am achten Tag nach dem Wahltag bis 14.00 Uhr“ durch die Wortfolge „bis Schließen des letzten Wahllokals in der Gemeinde“ ersetzt; es wird folgender Satz angefügt: „Die Wahlkarte kann auch in jedem Wahllokal im Land während der Wahlzeiten abgegeben werden.“
25. Im § 45a Abs. 4 wird vor dem Wort „Wahlkarten“ die Wortfolge „beim Gemeindeamt eingelangten“ eingefügt; die Wortfolge „ , sofern diese bis zum Schließen des letzten Wahllokals der Gemeinde eingelangt sind“ entfällt.
26. Im § 45a entfällt der Abs. 5; der bisherige Abs. 6 wird als Abs. 5 bezeichnet; im nunmehrigen Abs. 5 werden nach dem Wort „brieflich“ die Wortfolge „beim Gemeindeamt“ eingefügt und der Klammerausdruck „(§§ 49a und 55a)“ durch den Klammerausdruck „(§ 49a)“ ersetzt.
27. Dem § 45a wird folgender Abs. 6 angefügt:  
„(6) Zur Prüfung und Auswertung der in einem Wahllokal während der Wahlzeiten abgegebenen Wahlkarten ist die Bezirkswahlbehörde zuständig (§§ 55a und 55b).“
28. Im § 47 Abs. 4 werden der Ausdruck „110 v.H.“ durch den Ausdruck „115 %“ und der Ausdruck „10 v.H.“ durch den Ausdruck „5 %“ ersetzt.
29. In der Überschrift des § 49a wird die Wortfolge „am Wahltag“ durch die Wortfolge „durch die Gemeindegewahlbehörde“ ersetzt.
30. Im § 49a Abs. 1 wird das Wort „brieflich“ durch die Wortfolge „der Gemeinde brieflich beim Gemeindeamt“ ersetzt.
31. Im § 49a Abs. 2 entfällt die Wortfolge „und dem Wahlakt unter Verschluss beizufügen“.
32. Im § 49a Abs. 3 lit. c und e wird jeweils nach dem Wort „brieflich“ die Wortfolge „beim Gemeindeamt“ eingefügt.
33. Im § 49a Abs. 4 wird das Wort „anzuschließen“ durch die Wortfolge „unter Verschluss beizufügen“ ersetzt.
34. Im § 50 Abs. 3 wird das Wort „Wahlkuverts“ jeweils durch das Wort „Briefumschläge“ ersetzt.
35. Der § 51 Abs. 2 lit. f lautet:  
„f) die Zahl der bis zum Schließen des letzten Wahllokals der Gemeinde beim Gemeindeamt brieflich eingelangten Wahlkarten, soweit sie von der Sprengelwahlbehörde auszuwerten sind,“
36. Nach dem § 51 Abs. 2 lit. f wird folgende lit. g eingefügt:  
„g) die Zahl der im Wahllokal entgegengenommenen Wahlkarten, die zur brieflichen Stimmabgabe verwendet worden sind,“
37. Im § 51 Abs. 2 werden die bisherigen lit. g bis p als h bis q bezeichnet; in der nunmehrigen lit. j wird das Wort „Wahlkuverts“ durch das Wort „Briefumschläge“ und in der nunmehrigen lit. m werden die Ausdrücke „lit. i und j“, „lit. h“ und „lit. k“ in der angeführten Reihenfolge durch die Ausdrücke „lit. j und k“, „lit. i“ und „lit. l“ ersetzt.
38. Im § 51 werden im Abs. 3 lit. h das Wort „Wahlkuverts“ durch das Wort „Briefumschläge“ und der Punkt am Ende durch einen Beistrich ersetzt; dem Abs. 3 wird folgende lit. i angefügt:  
„i) die im Wahllokal entgegengenommenen Wahlkarten, die zur brieflichen Stimmabgabe verwendet worden sind.“;  
im Abs. 4 wird der Ausdruck „lit. d bis h“ durch den Ausdruck „lit. d bis i“ ersetzt.
39. Im § 53 Abs. 1 wird im zweiten Satz der Ausdruck „lit. i, m und n“ durch den Ausdruck

- „lit. g, j, n und o“ ersetzt; im vierten Satz wird nach dem Wort „sind“ die Wortfolge „, soweit sie für die Feststellung nach § 53a erforderlich sind,“ eingefügt.
40. Im § 53 Abs. 2 wird nach dem Wort „samt“ die Wortfolge „den unbrauchbar gewordenen Wahlkarten (§ 6 Abs. 5),“ eingefügt; der Klammerausdruck „(§ 49a Abs. 2)“ wird durch den Klammersatz „(§ 49a Abs. 4)“ ersetzt.
41. Dem § 53 wird folgender Abs. 3 angefügt:  
„(3) Wahlkarten, die nach dem Schließen des letzten Wahllokals in der Gemeinde beim Gemeindeamt brieflich einlangen, sind verspätet und nicht zu berücksichtigen. Der Leiter der Gemeindegewahlbehörde hat sie zu verpacken und versiegelt der Landeswahlbehörde zu übermitteln.“
42. Im § 53b Abs. 1 lit. a bis c entfällt jeweils das Wort „abgegeben“.
43. In der Überschrift des § 55 entfällt die Wortfolge „der Wahlkuverts von Wahlkartenwählern aus anderen Wahlbezirken“.
44. Im § 55 Abs. 1 wird das Wort „Wahlkuverts“ jeweils durch das Wort „Briefumschläge“ ersetzt.
45. Im § 55 wird nach dem Abs. 1 folgender Abs. 2 eingefügt:  
„(2) Die Bezirkswahlbehörde hat die von Wahlkartenwählern aus anderen Wahlbezirken zur brieflichen Stimmabgabe verwendeten Wahlkarten nach Wahlbezirken gesondert zu verpacken und zu versiegeln. Auf der Verpackung ist eine entsprechende Aufschrift anzubringen und die Zahl der Wahlkarten anzugeben.“
46. Im § 55 wird der bisherige Abs. 2 als Abs. 3 bezeichnet; im nunmehrigen Abs. 3 wird die Wortfolge „genannten Wahlkuverts“ durch die Wortfolge „genannten Briefumschläge und die im Abs. 2 genannten Wahlkarten“ und die Wortfolge „enthaltenen Wahlkuverts“ durch die Wortfolge „enthaltenen Briefumschläge und Wahlkarten“ ersetzt.
47. In der Überschrift des § 55a wird die Wortfolge „nachträglich brieflich eingelangten Wahlkarten“ durch die Wortfolge „zur brieflichen Stimmabgabe verwendeten Wahlkarten durch die Bezirkswahlbehörde“ ersetzt.
48. Im § 55a entfallen die Abs. 1 und 4; die bisherigen Abs. 2 und 3 werden als Abs. 1 und 2 bezeichnet; im nunmehrigen Abs. 1 werden die Wortfolge „gemäß Abs. 1 übergebenen Wahlkarten“ durch die Wortfolge „zur brieflichen Stimmabgabe verwendeten Wahlkarten des eigenen Stimmbezirks nach Erhalt der Wahlkarten nach § 55 Abs. 3“ sowie der Beistrich am Ende der lit. b durch einen Punkt ersetzt und entfallen die lit. c und d; im nunmehrigen Abs. 2 wird der Ausdruck „Abs. 2“ durch den Ausdruck „Abs. 1“ ersetzt.
49. In der Überschrift des § 55b wird die Wortfolge „nach dem Wahltag“ durch die Wortfolge „durch die Bezirkswahlbehörde“ ersetzt.
50. Im § 55b Abs. 1 entfallen der erste Satz und der Ausdruck „Abs. 2 und 3“ im zweiten Satz.
51. Im § 55b Abs. 2 wird der erste Satz durch folgende Sätze ersetzt: „Danach öffnet der Leiter der Bezirkswahlbehörde die Briefumschläge, die gemäß § 55 Abs. 3 übermittelt wurden, und entnimmt die darin enthaltenen Wahlkuverts. Enthält ein Briefumschlag mehr als ein, kein oder kein amtliches Wahlkuvert, ist er auszuscheiden. Im Übrigen sind die entnommenen Wahlkuverts zu zählen und ebenfalls in das Behältnis nach Abs. 1 zu legen.“
52. Im § 57 Abs. 2 lit. b und im § 59 Abs. 2 lit. b wird der Ausdruck „v.H.“ jeweils durch das Zeichen „%“ ersetzt.
53. Im § 58 Abs. 2 lit. e wird die Wortfolge „übermittelten brieflich eingelangten Wahlkarten“ durch die Wortfolge „zu prüfenden Wahlkarten, die zur brieflichen Stimmabgabe verwendet worden sind“ ersetzt.
54. Im § 58 Abs. 2 lit. f werden der Ausdruck „Abs. 3“ durch den Ausdruck „Abs. 2“ und die Wortfolge „brieflich eingelangten“ durch die Wortfolge „zur brieflichen Stimmabgabe verwendeten“ ersetzt.
55. Der § 58 Abs. 2 lit. g und h lautet:  
„g) die Zahl der Wahlkuverts, die den zur brieflichen Stimmabgabe verwendeten Wahlkarten entnommen und nach § 55b Abs. 1 in das Behältnis gelegt wurden,  
h) die Zahl der im § 55b Abs. 2 erster Satz angeführten Briefumschläge,“
56. Im § 58 Abs. 2 werden nach der lit. h folgende lit. i und j eingefügt:  
„i) die Zahl der gemäß § 55b Abs. 2 zweiter Satz ausgeschiedenen Briefumschläge un-

- ter Angabe des Ausscheidungsgrundes,  
j) die Zahl der Wahlkuverts, die den Briefumschlägen entnommen und nach § 55b Abs. 2 dritter Satz in das Behältnis gelegt wurden,“
57. Im § 58 Abs. 2 werden die bisherigen lit. i bis q als lit. k bis s bezeichnet; in der nunmehrigen lit. k wird nach dem Ausdruck „Abs. 2“ die Wortfolge „letzter Satz“ eingefügt und in der nunmehrigen lit. l der Ausdruck „lit. d und i“ durch den Ausdruck „lit. d und k“ ersetzt.
58. Im § 58 Abs. 3 werden in der lit. a der Klammerausdruck „(§§ 53 Abs. 2 und 55a Abs. 1)“ durch den Klammerausdruck „(§ 53 Abs. 2)“ ersetzt, in der lit. b und c die Wortfolge „brieflich eingelangten“ jeweils durch die Wortfolge „zur brieflichen Stimmabgabe verwendeten“ und in der lit. c zudem der Ausdruck „Abs. 3“ durch den Ausdruck „Abs. 2“ ersetzt.
59. Im § 58 Abs. 3 wird nach der lit. c folgende lit. d eingefügt:  
„d) die Briefumschläge, die gemäß § 55b Abs. 2 dritter Satz ausgeschieden wurden,“;  
die bisherige lit. d wird als lit. e bezeichnet.
60. Im § 58 Abs. 4 wird der Ausdruck „lit. d“ durch den Ausdruck „lit. e“ ersetzt.
61. Im § 58 Abs. 7 wird folgende lit. a eingefügt:  
„a) die Feststellungen nach § 55c Abs. 1 lit. a bis d,“;  
die bisherigen lit. a bis c werden als lit. b bis d bezeichnet.
62. Im § 59 Abs. 1 wird der Klammerausdruck „(zweites Ermittlungsverfahren)“ durch den Klammerausdruck „(zweites Ermittlungsverfahren)“ ersetzt.
63. Im § 63 Abs. 1 erster Satz wird nach der Wortfolge „Abgeordneter oder“ die Wortfolge „als Abgeordneter und“ eingefügt.
64. Im § 63 Abs. 2 zweiter Satz entfallen die Wortfolgen „in den Namen der gewählten Abgeordneten und Ersatzmitglieder“ und „wie die ursprünglichen Namen“.
65. Im § 65 Abs. 5 wird in der lit. b das Wort „oder“ durch einen Beistrich und in der lit. c der Punkt durch das Wort „oder“ ersetzt; folgende lit. d wird angefügt:  
„d) wenn ein mehrfach gewähltes Ersatzmitglied die Berufung auf ein frei gewordenes Mandat angenommen hat.“
66. Im § 73 Abs. 1 wird nach der lit. a folgende lit. b eingefügt:  
„b) in einer förmlichen Erklärung nach § 27 Abs. 3 lit. b vorsätzlich falsche Angaben macht,“;  
die bisherigen lit. b bis d werden als lit. c bis e bezeichnet.
67. Im § 73 Abs. 1 wird nach der nunmehrigen lit. e folgende lit. f eingefügt:  
„f) unbefugt auf Wahlkuverts Zeichen anbringt (§ 38),“;  
die bisherigen lit. e und f werden als lit. g und h bezeichnet.
68. Im § 74 Abs. 1 entfällt der Ausdruck „55a Abs. 1,“.
69. Die Überschrift des § 75 lautet:  
**„§ 75  
Übergangsbestimmungen“**
70. Im § 75 werden folgender Abs. 1 eingefügt und der bisherige Text als Abs. 2 bezeichnet:  
„(1) Vom Wahlrecht ausgeschlossene Personen, für die am 1. Oktober 2011 die Tatbestandsmerkmale für einen Ausschluss vom Wahlrecht gemäß § 22 Abs. 1 der Nationalrats-Wahlordnung 1992 nicht vorliegen, sind nicht länger vom Wahlrecht ausgeschlossen.“
71. Die Anlage 1 lautet:

**Anlage 1**  
(zu § 6 Abs. 8)

**WAHLKARTE**  
für die Landtagswahl am xx.xx.20xx

|   |              |                                  |
|---|--------------|----------------------------------|
| Gemeinde  | Wahlsprenzel | Wahlbezirk                       |
| Straße, Hausnummer  |              | Fortl. Zahl im Wählerverzeichnis |
| Vor- und Familien- bzw. Nachname  |              | Geburtsjahr                      |
| Die oben bezeichnete Person ist berechtigt, ihr Wahlrecht auch außerhalb des für den oben bezeichneten Sprengel eingerichteten Wahllokals auszuüben.  |              |                                  |
| <div style="display: flex; justify-content: space-between; align-items: center;"> <div style="width: 60%;"> Ort, Datum<br/><br/> <p style="text-align: center;">.....</p> Bürgermeister bzw. für den Bürgermeister </div> <div style="width: 35%; text-align: center;">  </div> </div> |              |                                  |

|  |
|--|
| <p><b>Ich, als die obgenannte Person, erkläre mit meiner Unterschrift eidesstattlich, dass ich den inliegenden Stimmzettel persönlich, unbeobachtet und unbeeinflusst ausgefüllt habe.</b></p> <p>Ich bestätige, dass ich die Wahlkarte verschlossen habe.</p> |
| Unterschrift<br><br><div style="border: 1px solid black; height: 40px; width: 100%;"></div>  |

Mit dieser Wahlkarte können Sie Ihre Stimme für die Landtagswahl in folgender Weise abgeben:

**Briefliche Stimmabgabe vom Ausland oder vom Inland aus, nach Erhalt der Wahlkarte**

- Legen Sie den von Ihnen ausgefüllten Stimmzettel in das Wahlkuvert, geben Sie dieses in diese Wahlkarte und kleben Sie die Wahlkarte zu (bei schadhafter Gummierung der Lasche ein Klebemittel verwenden).
- Geben Sie Ihre eidesstattliche Erklärung ab, indem Sie in der angeführten Rubrik unterschreiben.
- Übermitteln Sie die Wahlkarte so rechtzeitig an die zuständige Gemeindewahlbehörde, dass sie spätestens am Wahltag bis zum Schließen des letzten Wahllokals in der Gemeinde beim Gemeindeamt einlangt. Die Wahlkarte kann auch in jedem Wahllokal im Land während der Wahlzeiten abgegeben werden.

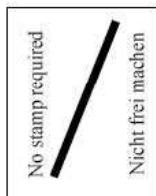
**Stimmabgabe vor einer für Wahlkartenwähler bestimmten Wahlbehörde oder einer Kommission für Gehunfähige am Wahltag**

- Übergeben Sie dem Wahlleiter die Wahlkarte, der Sie zuvor Stimmzettel und Wahlkuvert entnommen haben.
- Der Wahlleiter erklärt Ihnen die weiteren Schritte für die Stimmabgabe.

Diese Wahlkarte ist bis zur Stimmabgabe sorgfältig zu verwahren.  
Abhanden gekommene Wahlkarten werden von der Gemeinde nicht ersetzt.

**Priority  
Airmail**

Postentgelt beim Empfänger einheben



Reply Paid  
Antwortsendung  
Austria / Österreich

**WAHLKARTE**

Gemeindewahlbehörde

Austria / Österreich

Rückseite



72. In der Anlage 3 wird der Ausdruck „(Eigenhändige Unterschrift mit Familien- bzw. Nachnamen und Vornamen)“ durch den Ausdruck „(Eigenhändige Unterschrift)“ ersetzt.

## Artikel II

Das Gemeindegewahlgesetz, LGBl.Nr. 30/1999, in der Fassung LGBl.Nr. 58/2001, Nr. 6/2004, Nr. 16/2004, Nr. 23/2008, Nr. 36/2009 und Nr. 25/2011, wird wie folgt geändert:

1. Im § 5 Abs. 3 lit. b wird nach dem Wort „Antragstellung“ die Wortfolge „unter Angabe der Adresse der gewünschten Stimmabgabe“ eingefügt.
2. Im § 5 Abs. 4 erster Satz wird das Wort „Gemeindegewahlleiter“ durch das Wort „Bürgermeister“ ersetzt.
3. Im § 5 Abs. 5 wird im zweiten Satz das Wort „Gemeindegewahlleiters“ durch die Wortfolge „Bürgermeisters bzw. des für den Bürgermeister tätigen Bediensteten“ ersetzt; der letzte Satz entfällt.
4. Nach dem § 5 Abs. 5 wird folgender Abs. 6 eingefügt:

„(6) Die Ausstellung von Gleichstücken für abhanden gekommene Wahlkarten ist unzulässig. Unbrauchbar gewordene Wahlkarten können an die Gemeinde retourniert werden, wenn sie noch nicht zugeklebt wurden und die eidesstattliche Erklärung noch nicht unterschrieben wurde. Die Gemeinde hat daraufhin ein Duplikat auszustellen. Die unbrauchbar gewordene Wahlkarte ist mit einem entsprechenden Vermerk zu kennzeichnen und der Gemeindegewahlbehörde zu übermitteln. Diese hat die Wahlkarte dem Wahlakt der Gemeinde anzuschließen.“
5. Im § 5 wird der bisherige Abs. 6 als Abs. 7 bezeichnet; im nunmehrigen Abs. 7 entfällt der letzte Satz.
6. Der § 7 lautet:

„§ 7  
**Wahlberechtigung**

Wahlberechtigt ist, wer am Stichtag der Wahl (§ 10 Abs. 1) Landesbürger oder ausländischer Unionsbürger ist, in der betreffenden Gemeinde seinen Hauptwohnsitz hat, spätestens am Wahltag das 16. Lebensjahr vollendet hat und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen ist.“
7. Im § 8 lit. a wird das Wort „Landtagswahlgesetz“ durch die Wortfolge „des Landtagswahlgesetzes“ ersetzt.
8. Der § 9 Abs. 1 lautet:

„(1) In die Gemeindevertretung ist jeder Landesbürger oder ausländische Unionsbürger wählbar, der in der betreffenden Gemeinde seinen Hauptwohnsitz hat, spätestens am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet hat und nicht aufgrund des Vorliegens der Gründe nach § 21 des Landtagswahlgesetzes von der Wählbarkeit ausgeschlossen ist.“
9. Im § 12 Abs. 1 vorletzter Satz wird die Wortfolge „auch an Feier-, nicht aber an Sonntagen“ durch die Wortfolge „an Sonn- und Feiertagen keine“ ersetzt.
10. Im § 12 Abs. 7 zweiter Satz werden das Wort „ist“ durch das Wort „sind“ ersetzt und nach dem Wort „Unrichtigkeiten“ die Wortfolge „sowie Änderungen aufgrund von Anträgen nach § 8 in Verbindung mit § 20 Abs. 2 letzter Satz des Landtagswahlgesetzes“ eingefügt.
11. Dem § 12 wird folgender Abs. 9 angefügt:

„(9) Der Bürgermeister hat den in der Gemeindevertretung vertretenen Parteien eine Ausfertigung des Wählerverzeichnisses auf Verlangen unverzüglich, frühestens jedoch am ersten Tag seiner Auflegung auszufolgen. Gleiches gilt für andere wahlwerbende Parteien, wenn das Verlangen frühestens gleichzeitig mit der Einbringung des Wahlvorschlages gestellt wird. Kosten sind nur zu ersetzen, wenn die Ausfertigung des Wählerverzeichnisses nicht in elektronischer Form ausgefolgt wird.“
12. Im § 13 erster Satz wird das Wort „und“ nach dem Wort „abzuschließen“ durch einen Punkt und die Wortfolge „Das abgeschlossene Wählerverzeichnis ist“ ersetzt.
13. Im § 15 Abs. 1 erster Satz werden nach dem Wort „Wahlberechtigten“ ein Beistrich und die Wortfolge „der keine Wahlkarte beantragt hat,“ eingefügt.
14. In den §§ 16 Abs. 4 und 39 Abs. 6 wird der Ausdruck „v.H.“ jeweils durch das Zeichen „%“ ersetzt.
15. Im § 25 Abs. 3 erster Satz wird die Wortfolge „eine Woche“ durch die Wortfolge „drei Wochen“ ersetzt.
- 15a. Dem § 26 wird folgender Abs. 3 angefügt:

- „(3) Je Gemeinde soll nach Möglichkeit mindestens ein Wahllokal für Menschen mit Geh- oder Sehbehinderung benützbar sein.“
16. Im § 37 Abs. 1 erster Satz wird nach dem Wort „Gehunfähige“ die Wortfolge „einer Gemeinde“ eingefügt.
17. Im § 37 Abs. 2 wird die Wortfolge „Die Gemeindewahlbehörde“ durch die Wortfolge „Der Gemeindewahlleiter“ ersetzt.
18. Im § 37 Abs. 3 wird die Wortfolge „nicht gehunfähige“ durch das Wort „andere“ ersetzt.
19. Dem § 49 Abs. 4 wird folgender Satz angefügt:  
„Der Niederschrift sind die unbrauchbar gewordenen Wahlkarten (§ 5 Abs. 6) anzuschließen.“
20. Im § 54 Abs. 3 entfallen im ersten Satz nach dem Ausdruck „lit. a“ der Beistrich und die Wortfolge „c und d“; im zweiten Satz werden nach dem Ausdruck „lit. b“ ein Beistrich und die Wortfolge „c und d“ eingefügt.
21. Im § 59 werden vor dem Punkt am Ende ein Strichpunkt und die Wortfolge „das Gleiche gilt, wenn alle Wahlvorschläge fristgerecht zurückgenommen wurden (§ 16 Abs. 8)“ eingefügt.
22. Im § 64 entfallen die Absatzbezeichnung „(1)“ im ersten Absatz und der zweite Absatz.
23. Im § 72 Abs. 2 entfällt der dritte Satz; im nunmehrigen dritten Satz wird der Ausdruck „23.“ durch den Ausdruck „25.“ ersetzt; der folgende Satz wird angefügt:  
„Dies gilt auch für Ergänzungsvorschläge; diese müssen spätestens am 23. Tag vor dem Wahltag bei der Gemeindewahlbehörde einlangen.“
24. Im § 78 Abs. 1 wird der Punkt am Ende der lit. f durch einen Beistrich ersetzt; folgende lit. g und h werden angefügt:  
„g) den Stimmzettel ausfüllt, obwohl er weiß oder wissen müsste, dass er dabei beobachtet wird,  
h) einen Wahlberechtigten beim Ausfüllen des Stimmzettels in der Absicht beobachtet, sich Kenntnis davon zu verschaffen, wie der Wahlberechtigte wählen wird, oder wer in derselben Absicht die Wohnung eines Wahlberechtigten oder darin befindliche Sachen durchsucht.“
25. Nach dem § 79 wird folgender § 80 eingefügt:

#### „§ 80


#### **Übergangsbestimmung**

Vom Wahlrecht ausgeschlossene Personen, für die am 1. Oktober 2011 die Tatbestandsmerkmale für einen Ausschluss vom Wahlrecht gemäß § 22 Abs. 1 der Nationalrats-Wahlordnung 1992 nicht vorliegen, sind nicht länger vom Wahlrecht ausgeschlossen.“

26. Die Anlage 1 lautet:

**Anlage 1**  
(zu § 5 Abs. 5)

**WAHLKARTE**  
für die Wahl xxxxxxxxxxxx am xx.xx.20xx

|   |  |
|---|--|
| Gemeinde  | Wahlsprengel                           |
| Straße, Hausnummer  | Fortlaufende Zahl im Wählerverzeichnis |
| Vor- und Familien- bzw. Nachname  | Geburtsjahr                            |
| Die oben bezeichnete Person ist berechtigt, ihr Wahlrecht auch außerhalb des für den oben bezeichneten Sprengel eingerichteten Wahllokals auszuüben.  |  |
| <div style="display: flex; justify-content: space-between; align-items: center;"> <div style="width: 60%;"> Ort, Datum<br/><br/> .....<br/> Bürgermeister bzw. für den Bürgermeister </div> <div style="width: 35%; text-align: center;">  </div> </div> |  |

**Ich, als die obgenannte Person, erkläre mit meiner Unterschrift eidesstattlich, dass ich den inliegenden Stimmzettel persönlich, unbeobachtet und unbeeinflusst ausgefüllt habe.**

Ich bestätige, dass ich die Wahlkarte verschlossen habe.

Unterschrift

Mit dieser Wahlkarte können Sie Ihre Stimme für die Wahl xxxxxxxx in folgender Weise abgeben:

**Briefliche Stimmabgabe vom Ausland oder vom Inland aus, nach Erhalt der Wahlkarte**

- Legen Sie den von Ihnen ausgefüllten Stimmzettel in das Wahlkuvert, geben Sie dieses in diese Wahlkarte und kleben Sie die Wahlkarte zu (bei schadhafter Gummierung der Lasche ein Klebemittel verwenden).
- Geben Sie Ihre eidesstattliche Erklärung ab, indem Sie in der angeführten Rubrik unterschreiben.
- Übermitteln Sie die Wahlkarte so rechtzeitig an die zuständige Gemeindewahlbehörde, dass sie spätestens am Wahltag bis zum Schließen des letzten Wahllokals in der Gemeinde beim Gemeindeamt einlangt.

**Stimmabgabe vor einer Wahlbehörde oder der Kommission für Gehunfähige in Ihrer Gemeinde am Wahltag**

- Übergeben Sie dem Wahlleiter die Wahlkarte, der Sie zuvor Stimmzettel und Wahlkuvert entnommen haben.
- Der Wahlleiter erklärt Ihnen die weiteren Schritte für die Stimmabgabe.

Diese Wahlkarte ist bis zur Stimmabgabe sorgfältig zu verwahren.  
Abhanden gekommene Wahlkarten werden von der Gemeinde nicht ersetzt.

Priority  
Airmail

Postenigelt beim Empfänger einheben

No stamp required  
Nicht frei machen

Reply Paid  
Antwortsendung  
Austria / Österreich

WAHLKARTE

Gemeindewahlbehörde

Austria / Österreich

Rückseite

**Artikel III**


Das Landes-Volksabstimmungsgesetz, LGBl.Nr. 60/1987, in der Fassung LGBl.Nr. 37/1994, Nr. 66/1997, Nr. 1/1999, Nr. 35/1999, Nr. 58/2001, Nr. 6/2004, Nr. 17/2004, Nr. 27/2005, Nr. 23/2008, Nr. 25/2011 und Nr. 3/2012, wird wie folgt geändert:

1. Im § 39 Abs. 5 zweiter Satz wird nach dem Wort „Vertretungskörper“ die Wortfolge „oder in das Europäische Parlament“ eingefügt.
2. Im § 43 Abs. 1 vorletzter Satz wird die Wortfolge „auch an Feier-, nicht aber an Sonntagen“ durch die Wortfolge „an Sonn- und Feiertagen keine“ ersetzt.
3. Im § 43 Abs. 2 werden vor dem Wort „sowie“ ein Beistrich und die Wortfolge „Ausfertigungen des Wählerverzeichnisses“ eingefügt.
4. Im § 49 Abs. 2 zweiter Satz wird das Wort „Gemeindewahlleiters“ durch die Wortfolge „Bürgermeisters bzw. des für den Bürgermeister tätigen Bediensteten“ ersetzt.
5. Im § 49 Abs. 3 erster Satz wird das Wort „Gemeindewahlleiter“ durch das Wort „Bürgermeister“ ersetzt.
6. Der § 49 Abs. 4 letzter Satz entfällt.
7. Im § 49 Abs. 5 wird der zweite Satz durch folgende Sätze ersetzt:  
„Die Ausstellung von Gleichstücken für abhanden gekommene Stimmkarten ist unzulässig. Unbrauchbar gewordene Stimmkarten können an die Gemeinde retourniert werden, wenn sie noch nicht zugeklebt wurden und die eidesstattliche Erklärung noch nicht unterschrieben wurde. Der Bürgermeister hat daraufhin ein Duplikat auszustellen. Die unbrauchbar gewordene Stimmkarte ist mit einem entsprechenden Vermerk zu kennzeichnen und der Gemeindewahlbehörde zu übermitteln. Diese hat die Stimmkarte dem Akt der Gemeinde anzuschließen.“
8. Im § 50 Abs. 4 wird die Wortfolge „zur Schließung des letzten Abstimmungslokals am Abstimmungstag“ durch die Wortfolge „Schließen des letzten Abstimmungslokals in der Gemeinde“ ersetzt.
9. Im § 64 Abs. 6 zweiter Satz wird nach dem Wort „Vertretungskörper“ die Wortfolge „oder in das Europäische Parlament“ eingefügt.
10. In den Anlagen 4, 7, 9 und 11 entfällt jeweils unter der Wortfolge „Eigenhändige Unterschrift“ der Klammerausdruck „(Vor- und Familien- bzw. Nachname)“.
11. Die Anlage 5 lautet:

**Anlage 5**  
(zu § 49 Abs. 2)

STIMMKARTE

Für die Volksabstimmung am xx.xx.20xx

|  |                                  |
|--|----------------------------------|
| Gemeinde   | Wahlsprenkel                     |
| Straße, Hausnummer   | Fortl. Zahl im Wählerverzeichnis |
| Vor- und Familien- bzw. Nachname   | Geburtsjahr                      |
| Die oben bezeichnete Person ist berechtigt, ihr Stimmrecht in jedem Abstimmungssprengel persönlich auszuüben oder sie kann das Stimmrecht auf dem Briefweg ausüben.  |                                  |
| <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <div> Ort, Datum<br/><br/> .....<br/> Bürgermeister bzw. für den Bürgermeister </div> <div style="text-align: center;">  </div> </div> |                                  |

**Ich, als die obgenannte Person, erkläre mit meiner Unterschrift eidesstattlich, dass ich den inliegenden Stimmzettel persönlich, unbeobachtet und unbeeinflusst ausgefüllt habe.**

Ich bestätige, dass ich die Stimmkarte verschlossen habe.

Ich, .....

**Vor- und Familien- bzw. Nachname (bitte in Blockschrift angeben)**

als Person des Vertrauens des oben genannten Stimmberechtigten, erkläre mit meiner Unterschrift, dass ich den inliegenden Stimmzettel nur vom Stimmberechtigten beobachtet entsprechend dem Willen des Stimmberechtigten ausgefüllt und die Stimmkarte verschlossen habe.

Unterschrift

Mit dieser Stimmkarte können Sie Ihre Stimme für die Volksabstimmung in folgender Weise abgeben:

**Briefliche Stimmabgabe vom Ausland oder vom Inland aus, nach Erhalt der Stimmkarte**

- Legen Sie den von Ihnen ausgefüllten Stimmzettel in das Stimmkuvert, geben Sie dieses in diese Stimmkarte und kleben Sie die Stimmkarte zu (bei schadhafter Gummierung der Lasche ein Klebemittel verwenden).
- Geben Sie Ihre eidesstattliche Erklärung ab, indem Sie in dem angeführten Feld unterschreiben.
- Falls Sie als Vertrauensperson tätig sind, geben Sie zusätzlich Ihren Namen in gut lesbarer Schrift an.
- Übermitteln Sie die Stimmkarte so rechtzeitig an die zuständige Gemeindewahlbehörde, dass sie spätestens am Abstimmungstag bis zum Schließen des letzten Abstimmungslokals in der Gemeinde beim Gemeindeamt einlangt.

**Stimmabgabe vor einer Wahlbehörde am Abstimmungstag**

- Übergeben Sie dem Wahlleiter die Stimmkarte, der Sie zuvor Stimmzettel und Stimmkuvert entnommen haben.
- Der Wahlleiter erklärt Ihnen die weiteren Schritte für die Stimmabgabe.

Diese Stimmkarte ist bis zur Stimmabgabe sorgfältig zu verwahren.  
Abhanden gekommene Stimmkarten werden von der Gemeinde nicht ersetzt.

|   |  |
|---|--|
| <div>Priority<br/>Airmail</div>                                   | <div>Postentgelt beim Empfänger einheben<br/>No stamp required<br/>Nicht frei machen</div> |
| <div>STIMMKARTE</div>   |  |
| <div>Reply Paid<br/>Antwortsendung<br/>Austria / Österreich</div> |  |
| <div>Gemeindewahlbehörde</div>                                    |  |
| <div>Austria / Österreich</div>                                   |  |

Rückseite

**Artikel IV**

Das Wählerkarteigesetz, LGBl.Nr. 29/1999, in der Fassung LGBl.Nr. 58/2001, Nr. 18/2004, Nr. 23/2008 und Nr. 25/2011, wird wie folgt geändert:

1. Im § 4 Abs. 3 wird die Wortfolge „ins Wählerverzeichnis“ durch die Wortfolge „in die Wählerkartei“ ersetzt.
2. § 8 Abs. 1 letzter Satz lautet:  
„Kosten sind nur zu ersetzen, wenn die Ausfertigung der Wählerkartei nicht in elektronischer Form ausgefolgt wird.“

**Die Landtagspräsidentin:**

Dr. Bernadette Mennel

3. Nach dem § 17 wird folgender § 18 angefügt:

**„§ 18****Übergangsbestimmung**

Vom Wahlrecht ausgeschlossene Personen, für die am 1. Oktober 2011 die Tatbestandsmerkmale für einen Ausschluss vom Wahlrecht gemäß § 22 Abs. 1 der Nationalrats-Wahlordnung 1992 nicht vorliegen, sind nicht länger vom Wahlrecht ausgeschlossen. Die Überprüfung hat anhand des Strafregisters zu erfolgen.“

**Der Landeshauptmann:**

Mag. Markus Wallner

## 62. Gesetz

### über eine Änderung des Pflanzenschutzgesetzes\*)

Der Landtag hat beschlossen:

Das Pflanzenschutzgesetz, LGBl.Nr. 58/2007, in der Fassung LGBl.Nr. 64/2007, wird wie folgt geändert:

1. Im § 2 lit. a Z. 3 entfällt der Ausdruck „Kornmus“.
2. Im § 2 lit. a Z. 11 wird das Wort „gemeinschaftsrechtlichen“ durch das Wort „unionsrechtlichen“ ersetzt.
3. Der § 2 lit. d und e lautet:  
„d) Pflanzenschutzmittel: Pflanzenschutzmittel im Sinne des Art. 2 der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sowie Nützlinge;  
e) integrierter Pflanzenschutz: die sorgfältige Abwägung aller verfügbaren Pflanzenschutzmethoden und die anschließende Einbindung geeigneter Maßnahmen, die der Entstehung von Populationen von Schadorganismen entgegenwirken und die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln und anderen Abwehr- und Bekämpfungsmethoden auf einem Niveau halten, das wirtschaftlich und ökologisch vertretbar ist und Risiken für die Ge-

sundheit von Menschen und die Umwelt reduziert oder minimiert; der integrierte Pflanzenschutz stellt auf das Wachstum gesunder Nutzpflanzen bei möglichst geringer Störung der landwirtschaftlichen Ökosysteme ab und fördert natürliche Mechanismen zur Bekämpfung von Schädlingen;“

4. Im § 2 lit. f entfällt der Teilsatz „die bestimmungs- und sachgemäße Verwendung umfasst die Einhaltung der in der Kennzeichnung angegebenen Indikationen und Verwendungsvorschriften sowie die Befolgung der guten Pflanzenschutzpraxis und – wann immer möglich – der Grundsätze des integrierten Pflanzenschutzes;“
5. Der § 2 lit. g lautet:  
„g) Personen, die Pflanzenschutzmittel beruflich verwenden: alle Personen, die im Zuge ihrer beruflichen Tätigkeit Pflanzenschutzmittel verwenden; ihnen gleichgestellt sind Personen, die Pflanzenschutzmittel, die für die berufliche Verwendung zugelassen sind, verwenden;“
6. Dem § 2 wird folgende lit. h angefügt:  
„h) Pflanzenschutzgeräte: alle Geräte, die speziell für die Anwendung von Pflanzenschutz-

\*) Dieses Gesetz dient der Umsetzung der Richtlinien 2009/128/EG und 2009/143/EG.



- mitteln bestimmt sind, einschließlich Zube-  
hör, das für den ordnungsgemäßen Betrieb  
dieser Geräte von wesentlicher Bedeutung  
ist, wie Düsen, Druckmesser, Filter, Siebe  
und Reinigungsvorrichtungen für den Tank.“
7. Im § 3 lit. b wird nach dem Wort „unverzüg-  
lich“ die Wortfolge „der Landwirtschaftskam-  
mer oder“ eingefügt.
8. Im § 3 lit. d wird der Ausdruck „§§ 6 und 7“  
durch den Ausdruck „§§ 7 und 8“ ersetzt.
9. In der Überschrift des § 5 sowie im § 5 Abs. 1  
und 2 wird das Wort „Gemeinde“ jeweils durch  
das Wort „Landwirtschaftskammer“ ersetzt; im  
§ 5 Abs. 1 erster Satz wird weiters der Ausdruck  
„6 Abs. 5“ durch den Ausdruck „7 Abs. 5“ er-  
setzt.
10. Der § 5 Abs. 3 und 4 lautet:
- „(3) Die Landwirtschaftskammer hat die  
anderen mit der Wahrnehmung von Aufgaben  
nach diesem Abschnitt betrauten Behörden auf  
Verlangen in allen Fragen des Pflanzenschutzes  
fachlich zu beraten und zu unterstützen; sie hat  
weiters bei der Durchführung behördlich ange-  
ordneter Maßnahmen mitzuwirken, soweit sie  
dazu verpflichtet ist (§§ 7 Abs. 6 und 8 Abs. 1).  
(4) Die Aufgaben der Landwirtschaftskam-  
mer nach den Abs. 1 bis 3 sind solche des  
übertragenen Wirkungsbereiches; die Landwirt-  
schaftskammer unterliegt dabei den Weisungen  
der Landesregierung.“
11. Nach dem § 5 wird folgender § 6 eingefügt:
- „§ 6  
**Aufgaben der Gemeinde**
- (1) Die Gemeinde ist verpflichtet, Anzeigen  
über das Auftreten von Schadorganismen im  
Sinne des § 3 lit. b entgegenzunehmen und un-  
verzüglich der Landwirtschaftskammer weiter-  
zuleiten.
- (2) Die Landesregierung kann der Gemeinde  
einzelne oder alle Aufgaben nach § 5 Abs. 1  
und 2 mit Verordnung übertragen, wenn dies  
aufgrund des Umfangs des Befalles oder der  
Art des Schadorganismus zweckmäßig ist.
- (3) In einer Verordnung nach Abs. 2 kann  
bestimmt werden, dass die Gemeinde auf ihre  
Kosten geeignete Aufsichtsorgane zu bestellen  
hat, sofern dies zur Beseitigung einer unmittel-  
bar drohenden Gefahr notwendig ist, und dass  
sie bei Bedarf die Durchführung behördlich an-  
geordneter Pflanzenschutzmaßnahmen (§§ 7  
und 8) zu unterstützen hat.“
12. Die bisherigen §§ 6 bis 8 werden als §§ 7 bis 9  
bezeichnet; der bisherige § 9 entfällt.
13. Im nunmehrigen § 8 Abs. 1 wird der Ausdruck  
„§ 6 Abs. 5“ durch den Ausdruck „§ 7 Abs. 5  
und 6“ ersetzt.
14. Im nunmehrigen § 8 Abs. 2 lit. a und b wird das  
Wort „Gemeinde“ jeweils durch das Wort „Land-  
wirtschaftskammer“ ersetzt.
15. Im nunmehrigen § 8 Abs. 2 lit. c wird der Aus-  
druck „§ 6“ durch den Ausdruck „§ 7“ ersetzt.
16. Im nunmehrigen § 9 erster Satz wird der Aus-  
druck „§§ 6 oder 7 Abs. 1“ durch den Ausdruck  
„§§ 7 oder 8 Abs. 1“ ersetzt.
17. Die bisherigen §§ 10 und 11 werden durch fol-  
gende §§ 9a bis 11a ersetzt:
- „§ 9a  
**Aktionsplan**
- (1) Die Landesregierung hat einen Aktions-  
plan über die nachhaltige Verwendung von Pflan-  
zenschutzmitteln auszuarbeiten.
- (2) Der Aktionsplan nach Abs. 1 hat den  
Anforderungen des Art. 4 Abs. 1 der Richtlinie  
2009/128/EG über einen Aktionsrahmen der  
Gemeinschaft für die nachhaltige Verwendung  
von Pestiziden zu entsprechen. Er hat unter Be-  
rücksichtigung der allgemeinen Grundsätze des  
integrierten Pflanzenschutzes, der Grundsätze  
der guten Pflanzenschutzpraxis und der Anwen-  
dung des Vorsorgeprinzips insbesondere
- a) quantitative Vorgaben, Ziele, Maßnahmen  
und Zeitpläne zur Verringerung der Risiken  
und der Auswirkungen der Verwendung  
von Pflanzenschutzmitteln auf die Gesund-  
heit von Menschen und die Umwelt festzu-  
legen,
- b) Maßnahmen festzulegen, mit denen die Ent-  
wicklung und Einführung des integrierten  
Pflanzenschutzes sowie alternativer Metho-  
den und Verfahren gefördert werden, um die  
Abhängigkeit von der Verwendung von  
Pflanzenschutzmitteln zu verringern, und
- c) die Indikatoren zur Überwachung der Ver-  
wendung von Pflanzenschutzmitteln, die be-  
sonders bedenkliche Wirkstoffe enthalten,  
festzulegen, insbesondere wenn nichtchemi-  
sche Alternativen verfügbar sind.
- (3) Der Aktionsplan ist unter Berücksichti-  
gung der aktuellen Erfordernisse mindestens  
alle fünf Jahre nach dem Zeitpunkt der Ausar-  
beitung zu überprüfen und bei Bedarf zu än-  
dern.

## § 9b

**Anhörung und Veröffentlichung**

(1) Der Entwurf des Aktionsplanes ist dem Amt der Landesregierung und den sonstigen öffentlichen Stellen, deren Interessen durch den Aktionsplan wesentlich berührt sind, unter Einräumung einer Frist von mindestens vier Wochen zur Stellungnahme zu übermitteln. Er ist überdies im Amt der Landesregierung zur allgemeinen Einsicht aufzulegen und auf der Homepage des Landes im Internet für die Allgemeinheit abrufbar zu halten. Die Auflage im Amt der Landesregierung und die Fundstelle im Internet sind im Amtsblatt des Landes Vorarlberg kundzumachen.

(2) Während der Auflagefrist können natürliche und juristische Personen sowie deren Vereinigungen, Organisationen oder Gruppen, insbesondere auch Organisationen zur Förderung des Umweltschutzes, zum Entwurf schriftlich Stellung nehmen. Darauf ist in der Kundmachung hinzuweisen. Der Entwurf des Aktionsplanes ist Menschen mit schwerer Sehbehinderung während der Auflagefrist auf Verlangen zu erläutern.

(3) Die einlangenden Stellungnahmen sind zu würdigen und beim Beschluss des Aktionsplanes angemessen zu berücksichtigen.

(4) Die Landesregierung hat den von ihr beschlossenen Aktionsplan samt einer zusammenfassenden Erklärung, wie die abgegebenen Stellungnahmen berücksichtigt wurden, im Amt der Landesregierung zur allgemeinen Einsicht aufzulegen und auf der Homepage des Landes im Internet für die Allgemeinheit abrufbar zu halten. Die Auflage im Amt der Landesregierung und die Fundstelle im Internet sind im Amtsblatt des Landes Vorarlberg kundzumachen. Der Abs. 2 letzter Satz ist sinngemäß anzuwenden.

(5) Die Landesregierung hat den Aktionsplan und dessen Änderungen (§ 9a Abs. 3) der Europäischen Kommission zu übermitteln.

## § 10

**Sachliche Voraussetzungen**

(1) Es dürfen nur Pflanzenschutzmittel verwendet werden, die im Pflanzenschutzmittelregister gemäß § 4 Abs. 2 des Pflanzenschutzmittelgesetzes 2011 eingetragen sind. Die Aufbewahrungsfrist ist zu beachten.

(2) Pflanzenschutzmittel müssen sachgemäß im Sinne des Art. 55 der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 verwendet werden. Personen, die Pflanzenschutzmittel beruflich verwenden, müssen darüber hinaus die allgemeinen Grundsätze des integrierten Pflanzenschutzes gemäß Art. 14 und Anhang III der Richtlinie 2009/128/EG anwenden.

(3) Die Landesregierung hat, wenn es zum Schutz des Lebens oder der Gesundheit von Menschen oder der Umwelt oder zur Umsetzung des Rechts der Europäischen Union erforderlich ist, durch Verordnung unter Bedachtnahme auf den Aktionsplan nähere Vorschriften über die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln und Pflanzenschutzverfahren im Sinne des integrierten Pflanzenschutzes zu erlassen; insbesondere über

- a) ein Verbot oder die zeitliche, örtliche, sachliche oder mengenmäßige Einschränkung der Verwendung von Pflanzenschutzmitteln vor allem in Gebieten im Sinne des Art. 12 lit. a bis c der Richtlinie 2009/128/EG unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Gesundheit und die biologische Vielfalt sowie der Ergebnisse einschlägiger Risikobewertungen; dabei ist zu beachten, dass die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln soweit wie möglich verringert wird, Pflanzenschutzmittel mit geringem Risiko sowie biologische Bekämpfungsmaßnahmen zu bevorzugen sind und geeignete Risikomanagementmaßnahmen getroffen werden;
- b) die Notwendigkeit einer Bewilligung der Bezirkshauptmannschaft für die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln, deren Inverkehrbringen nach Art. 53 der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 nur aufgrund einer Notfallsituation zulässig ist; die Bewilligung ist unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Gesundheit von Menschen und die Umwelt zu erteilen, wenn die Verwendung dieses Pflanzenschutzmittels aufgrund einer Gefahr notwendig ist, die mit anderen Mitteln nicht eingedämmt werden kann; die Bewilligung ist auf Antrag und gegebenenfalls befristet oder unter Auflagen zu erteilen;
- c) die Lagerung und Handhabung sowie das Verdünnen und Mischen von Pflanzenschutzmitteln vor der Verwendung; die Zubereitung und das Abfüllen von Pflanzenschutzmitteln;
- d) die Lagerung und Handhabung von Verpackungen und Restmengen;
- e) die Verwendung der erforderlichen Schutzbekleidung und Schutzausrüstung;
- f) die Anforderungen an Pflanzenschutzgeräte sowie deren Handhabung und Reinigung nach der Verwendung;
- g) die zu überprüfenden Pflanzenschutzgeräte, die Anforderungen an die Überprüfung einschließlich der Festlegung der Prüfungsintervalle, die für die Durchführung der Überprüfung geeigneten Einrichtungen sowie die Anerkennung der in anderen Ländern oder Mitgliedstaaten der Europäischen Union durchgeführten Überprüfungen.

## § 11

**Persönliche Voraussetzungen**

(1) Personen, die Pflanzenschutzmittel beruflich verwenden, müssen über einen Pflanzenschutzmittelausweis nach Abs. 2 oder über eine in einem anderen Land oder Mitgliedstaat der Europäischen Union nach den dort geltenden Vorschriften ausgestellte Bescheinigung nach Art. 5 der Richtlinie 2009/128/EG verfügen. Dies gilt nicht für Personen, die Pflanzenschutzmittel im Rahmen eines Ausbildungsverhältnisses unter der Anleitung und Aufsicht einer Person, die über einen Pflanzenschutzmittelausweis oder eine solche Bescheinigung verfügt, verwenden.

(2) Die Landesregierung hat einer Person auf deren Antrag einen Pflanzenschutzmittelausweis auszustellen, wenn sie nachweist, dass sie

- a) über die fachlichen Kenntnisse und Fertigkeiten im Sinne des Anhanges I der Richtlinie 2009/128/EG verfügt und
- b) verlässlich ist.

(3) Als Nachweis der erforderlichen fachlichen Kenntnisse und Fertigkeiten nach Abs. 2 lit. a gelten:

- a) die Bestätigung über die Teilnahme an einem Ausbildungskurs gemäß § 11a Abs. 1;
- b) die Bestätigung über den Abschluss einer Ausbildung, die gemäß § 11a Abs. 2 oder 4 anerkannt wurde;
- c) die Bestätigung über den Abschluss einer in einem anderen Land nach den dort geltenden Ausführungsbestimmungen zum Pflanzenschutzmittelgesetz 2011 absolvierten Ausbildung; oder
- d) die Gewerbeberechtigung für das Gewerbe der Schädlingsbekämpfung.

(4) Als verlässlich nach Abs. 2 lit. b gilt eine Person nicht, wenn sie

- a) von einem Gericht wegen eines Verbrechens oder eines Vergehens, das unter Gebrauch von Pflanzenschutzmitteln, Chemikalien, Pestiziden oder sonstigen giftigen Stoffen verübt wurde, verurteilt worden ist, sofern die Verurteilung nicht getilgt ist, oder
- b) mehr als einmal wegen einer Übertretung dieses Gesetzes oder von sonstigen pflanzenschutzmittel- oder chemikalienrechtlichen Vorschriften bestraft wurde und seit den einschlägigen Bestrafungen nicht mehr als fünf Jahre vergangen sind.

(5) Zum Nachweis der Verlässlichkeit nach Abs. 2 lit. b hat die antragstellende Person eine schriftliche Erklärung, dass kein Umstand nach Abs. 4 vorliegt, vorzulegen.

(6) Der Pflanzenschutzmittelausweis ist befristet für die Gültigkeitsdauer auszustellen

(Abs. 2), die mit Verordnung der Landesregierung unter Bedachtnahme auf den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt festgelegt wird.

(7) Auf Antrag ist der Pflanzenschutzmittelausweis um die in der Verordnung nach Abs. 6 festgelegte Gültigkeitsdauer zu verlängern, wenn die Teilnahme an einem Fortbildungskurs (§ 11a Abs. 1) oder einer anerkannten Fortbildungsmaßnahme (§ 11a Abs. 2 oder 4) nachgewiesen wird. Die Teilnahme an einem Fortbildungskurs bzw. einer anerkannten Fortbildungsmaßnahme darf zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht länger als zwei Jahre zurückliegen.

(8) Die Landesregierung hat die Ausstellung (Abs. 2) bzw. die Verlängerung (Abs. 7) eines Pflanzenschutzmittelausweises mit Bescheid zu versagen, wenn die Voraussetzungen nicht erfüllt werden.

(9) Die Landesregierung hat den Pflanzenschutzmittelausweis mit Bescheid zu entziehen, wenn die Voraussetzungen für seine Ausstellung, insbesondere die Verlässlichkeit, nicht mehr gegeben sind.

(10) Gegen Entscheidungen der Landesregierung nach Abs. 8 oder 9 steht das Rechtsmittel der Berufung an den Unabhängigen Verwaltungssenat offen.

(11) Die Landesregierung hat mit Verordnung die näheren Vorschriften über Inhalt und Form des Pflanzenschutzmittelausweises zu erlassen.

(12) Die Landesregierung kann mit Verordnung ihre Zuständigkeit nach Abs. 2 und 7 bis 9 auf die Bezirkshauptmannschaft übertragen, wenn es im Interesse der Zweckmäßigkeit, Einfachheit und Raschheit gelegen ist.

## § 11a

**Ausbildungs- und Fortbildungskurs,  
Anerkennung von Ausbildungsnachweisen**

(1) Der Ausbildungskurs (§ 11 Abs. 3 lit. a) und der Fortbildungskurs (§ 11 Abs. 7) sind von der Landwirtschaftskammer zu veranstalten. Der jeweilige Lehrplan bedarf der Genehmigung der Landesregierung. Der Ausbildungskurs hat die Kenntnisse und Fertigkeiten im Sinne des Anhanges I der Richtlinie 2009/128/EG zu vermitteln. Der Fortbildungskurs hat insbesondere die für die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln erforderlichen neuen fachlichen Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln. Der § 5 Abs. 4 gilt sinngemäß.

(2) Die Landesregierung hat auf Antrag durch Bescheid andere Ausbildungsnachweise nach Maßgabe der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen als Ersatz für eine Ausbildung nach Abs. 1 anzuerken-

nen. Die Bestimmungen der Richtlinie 2005/36/EG sind unabhängig von der Staatsangehörigkeit und vom Staat, in dem die Ausbildung absolviert wurde, anzuwenden. Bestehen wesentliche Unterschiede zu einer Ausbildung nach Abs. 1 und sind diese nicht durch Kenntnisse aufgrund von Berufspraxis ausgeglichen, ist der antragstellenden Person entweder ein Anpassungslehrgang oder eine Eignungsprüfung vorzuschreiben, wobei die Wahl zwischen diesen Maßnahmen zu ermöglichen ist.

(3) Der Eingang eines Antrages nach Abs. 2 ist innerhalb eines Monats zu bestätigen und es ist dabei gegebenenfalls mitzuteilen, welche Unterlagen fehlen. Die Entscheidung über die Anerkennung hat binnen kürzester Frist, längstens aber innerhalb von vier Monaten nach vollständiger Vorlage der erforderlichen Unterlagen zu erfolgen. Gegen die Entscheidung der Landesregierung steht das Rechtsmittel der Berufung an den Unabhängigen Verwaltungssenat offen.

(4) Die Landesregierung kann durch Verordnung festlegen, inwieweit Ausbildungsnachweise nach Abs. 2 als gleichwertig zur Ausbildung nach Abs. 1 gelten.“

18. Im § 12 entfällt der Abs. 1 und der bisherige Abs. 2 verliert seine Absatzbezeichnung; dem nunmehrigen § 12 wird folgender Satz angefügt: „Dies gilt nur für Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse, die grundsätzlich zum Verzehr durch Menschen oder Tiere bestimmt sind.“

19. Der § 13 lautet:

#### „§ 13

##### **Aufzeichnungen und Auskünfte**

(1) Personen, die Pflanzenschutzmittel beruflich verwenden, haben Aufzeichnungen gemäß Art. 67 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 zu führen. Sind in einem Betrieb mehrere Personen, die Pflanzenschutzmittel beruflich verwenden, tätig, sind die Aufzeichnungen überdies von der Person, die den Betrieb führt, zusammenzuführen.

(2) Die Bezirkshauptmannschaft hat dem Eigentümer und sonstigen Verfügungsberechtigten sowie Dritten im Sinne des Art. 67 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 auf deren schriftliches Verlangen die in den Aufzeichnungen enthaltenen Informationen mitzuteilen. Dabei sind der § 5 Abs. 6 und 7 sowie die §§ 6 bis 8 des Landes-Umweltinformationsgesetzes sinngemäß anzuwenden.“

20. Im § 14 erster Satz entfällt der Ausdruck „bestimmungs- oder“ und der Klammerausdruck

„(§ 2 lit. f)“ wird durch den Klammerausdruck „(§ 10 Abs. 2)“ ersetzt.

21. Die Bezeichnung des 4. Abschnittes samt Überschrift lautet:

#### **„4. Abschnitt Gemeinsame Bestimmungen“**

22. Vor dem § 15 wird folgender § 14a eingefügt:

#### „§ 14a

##### **Beratung**

Personen, die im Rahmen einer beruflichen Tätigkeit Beratung zum Pflanzenschutz und zur sicheren Verwendung von Pflanzenschutzmitteln erteilen, einschließlich private selbständige oder öffentliche Beratungsdienste, müssen über einen Pflanzenschutzmittelausweis oder eine Bescheinigung nach § 11 Abs. 1 verfügen.“

23. Im § 15 Abs. 1 wird das Wort „Gemeinde“ durch das Wort „Landwirtschaftskammer“ ersetzt; weiters wird dem § 15 Abs. 1 folgender Satz angefügt:

„Im Falle einer Übertragung nach § 6 Abs. 2 sind diese Aufgaben im Umfang der Übertragung von der Gemeinde wahrzunehmen.“

24. Dem § 15 Abs. 2 wird folgender Satz angefügt: „Im Falle einer Übertragung nach § 15a Abs. 1 sind diese Aufgaben im Umfang der Übertragung von der jeweiligen Einrichtung wahrzunehmen.“

25. Im § 15 Abs. 3 wird am Ende des ersten Satzes der Punkt durch einen Strichpunkt ersetzt und folgender Teilsatz eingefügt:

„das gilt auch für Personen, die Pflanzenschutzmittel beruflich verwenden oder im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit beratend tätig sind (§ 14a).“

26. Im § 15 Abs. 3 zweiter Satz wird die Wortfolge „Kommission der Europäischen Gemeinschaft“ durch die Wortfolge „Europäischen Kommission“ ersetzt.

27. Im § 15 Abs. 3 wird nach der lit. b folgende lit. c eingefügt und die bisherigen lit. c und d als lit. d und e bezeichnet:

„c) den Pflanzenschutzmittelausweis oder die Bescheinigung nach § 11 Abs. 1 vorzulegen;“

28. Im nunmehrigen § 15 Abs. 3 lit. d wird der Ausdruck „§ 13“ durch die Wortfolge „Art. 67 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 und § 13 Abs. 1 zweiter Satz“ ersetzt.

29. Der § 15 Abs. 5 entfällt.

30. Nach dem § 15 wird folgender § 15a eingefügt:

„§ 15a

**Übertragung von Aufgaben**

(1) Die Landesregierung kann geeigneten Einrichtungen einzelne oder alle Aufgaben nach § 15 Abs. 2 mit Verordnung übertragen, sofern dies im Interesse der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit gelegen und sichergestellt ist, dass die jeweilige Einrichtung

- a) unparteiisch ist,
- b) die Anforderungen an die Qualität der Aufgabenerfüllung und an den Schutz vertraulicher Informationen erfüllt und
- c) keinem Interessenkonflikt zwischen der Ausübung der ihr übertragenen Aufgaben und ihren übrigen Tätigkeiten ausgesetzt ist.

(2) Die Einrichtungen nach Abs. 1 haben die ihnen übertragenen Aufgaben unter der Aufsicht und nach den Weisungen der Landesregierung zu besorgen.

(3) Die Einrichtungen nach Abs. 1 haben zur Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben geeignete Aufsichtsorgane zu bestellen. Diesen stehen im Umfang der Übertragung auch die Rechte und Pflichten nach § 15 Abs. 3 und 4 zu.

(4) Die Landesregierung hat mit Verordnung geeignete Einrichtungen, die mit der Durchführung von Laboruntersuchungen beauftragt werden können, zu bestimmen. Als Einrichtungen kommen nur solche in Betracht, die die Voraussetzungen nach Abs. 1 lit. a bis c erfüllen.“

31. Im § 16 Abs. 1 entfällt der Teilsatz „; Abs. 2 bleibt unberührt“.

32. Der § 16 Abs. 2 entfällt und die bisherigen Abs. 3 und 4 werden als Abs. 2 und 3 bezeichnet.

33. Im nunmehrigen § 16 Abs. 2 wird die Wortfolge „Die Gemeinde hat die Kosten der Überwachung nach § 15 Abs. 1, die Bezirkshauptmannschaft die Kosten der Überwachung nach § 15 Abs. 2“ durch die Wortfolge „Die Bezirkshauptmannschaft hat die Kosten der Überwachung nach § 15 Abs. 1 und 2“ ersetzt.

34. Im nunmehrigen § 16 Abs. 3 wird der Ausdruck „Abs. 3“ durch den Ausdruck „Abs. 2“ ersetzt; weiters entfällt der letzte Satz.

35. Im § 17 Abs. 2 lit. c wird der Ausdruck „§ 6“ durch den Ausdruck „§ 7“ ersetzt.

36. Im § 17 Abs. 5 werden das Wort „Artikels“ durch die Abkürzung „Art.“ und die Wortfolge

„Europäische Gemeinschaft“ durch die Wortfolge „Europäische Union“ ersetzt.

37. Nach dem § 17 werden folgende §§ 17a und 17b eingefügt:

„§ 17a

**Öffentliche Information und Sensibilisierung**

(1) Die Landesregierung hat die Aufklärung der Bevölkerung über die Auswirkungen der Verwendung von Pflanzenschutzmitteln zu fördern, insbesondere über die Risiken und mögliche akute und chronische Auswirkungen ihrer Verwendung auf die Gesundheit von Menschen, Nichtzielorganismen und die Umwelt sowie über die Verwendung nichtchemischer Alternativen.

(2) Die Landesregierung hat Personen, die Pflanzenschutzmittel beruflich verwenden, Informationen und Instrumente für die Überwachung von Schadorganismen und die Entscheidungsfindung zu deren Bekämpfung sowie Beratungsdienste für den integrierten Pflanzenschutz zur Verfügung zu stellen.

(3) Die Landwirtschaftskammer hat die Landesregierung auf Verlangen bei der Wahrnehmung der Aufgaben nach Abs. 1 und 2 zu unterstützen. Der § 5 Abs. 4 gilt sinngemäß.

§ 17b

**Mitteilungs- und Berichtspflichten**

(1) Die Landesregierung hat der Europäischen Kommission die Einrichtungen, die in der Verordnung nach § 10 Abs. 3 lit. g zur Durchführung der Überprüfung von Pflanzenschutzgeräten bestimmt sind, mitzuteilen.

(2) Die Landesregierung hat die zur Erfüllung unionsrechtlicher Verpflichtungen erforderlichen Berichte zu erstellen und der Europäischen Kommission zu übermitteln. Dies betrifft insbesondere

- a) den Bericht über die Ergebnisse von Bewertungen gemäß Art. 15 der Richtlinie 2009/128/EG;
- b) jährliche Kontrollberichte nach Art. 68 der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 über Umfang und Ergebnisse der Untersuchungen und Überprüfungen nach § 15 Abs. 2.

(3) Der Bericht nach Abs. 2 lit. a ist auch den anderen Mitgliedsstaaten zu übermitteln und auf der Homepage des Landes Vorarlberg im Internet für die Allgemeinheit abrufbar zu halten.“

38. Vor dem § 18 entfällt die Abschnittsbezeichnung samt Überschrift.

39. Im § 18 Abs. 1 wird die Wortfolge „die Gemeinden und die Landwirtschaftskammer“ durch die

Wortfolge „die Landwirtschaftskammer, die Gemeinden und die Einrichtungen nach § 15a Abs. 1 und 4“ ersetzt sowie nach dem Wort „Schadorganismen“ ein Beistrich gesetzt und die Wortfolge „über Personen, denen ein Pflanzenschutzmittelausweis ausgestellt wurde,“ eingefügt.

40. Im § 18 werden nach dem Abs. 1 folgender Abs. 2 eingefügt und der bisherige Abs. 2 als Abs. 3 bezeichnet:

„(2) Die Bezirkshauptmannschaften sind verpflichtet, der Landesregierung die Daten über eine Bestrafung wegen einer Übertretung im Sinne des § 11 Abs. 4 lit. b zu übermitteln oder ihr eine automationsunterstützte Abfrage zu ermöglichen, soweit diese Daten für die Überprüfung der Zuverlässigkeit erforderlich sind.“

41. Im nunmehrigen § 18 Abs. 3 werden die Wortfolge „diese Daten“ durch die Wortfolge „der Daten nach Abs. 1“, die Wortfolge „Kommission der Europäischen Gemeinschaft“ durch die Wortfolge „Europäischen Kommission“ sowie das Wort „gemeinschaftsrechtlicher“ durch das Wort „unionsrechtlicher“ ersetzt.

42. Im § 19 wird der Ausdruck „§ 15“ durch den Ausdruck „den §§ 15 und 15a“ ersetzt.

43. Der § 20 lautet:

„§ 20

#### **Anhörung der Landwirtschaftskammer**

Vor der Erlassung von Verordnungen nach den §§ 7 Abs. 5 und 6, 8 Abs. 1 und 2, 10 Abs. 3, 11 Abs. 6, 11 und 12 sowie 11a Abs. 4 ist die Landwirtschaftskammer anzuhören.“

44. Vor dem § 21 wird folgende Abschnittsbezeichnung samt Überschrift eingefügt:

#### **„5. Abschnitt Schlussbestimmungen“**

45. Im § 21 Abs. 1 lit. c wird jeweils im Klammerausdruck der Ausdruck „Abs. 5“ durch den Ausdruck „Abs. 3“ ersetzt.

46. Der § 21 Abs. 1 lit. d lautet:

„d) ohne Pflanzenschutzmittelausweis oder Bescheinigung nach § 11 Abs. 1 Pflanzenschutzmittel beruflich verwendet oder im Rahmen einer beruflichen Tätigkeit beratend tätig ist (§ 14a);“

47. Nach dem § 21 Abs. 1 lit. d wird folgende lit. e eingefügt und die bisherigen lit. e bis h werden als lit. f bis i bezeichnet:

„e) eine unrichtige Erklärung nach § 11 Abs. 5 abgibt;“

48. Der nunmehrige § 21 Abs. 1 lit. g lautet:

„g) der Aufzeichnungspflicht nach Art. 67 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 oder § 13 Abs. 1 zweiter Satz nicht nachkommt;“

49. Der bisher als § 21 bezeichnete Paragraph über das „Inkrafttreten, Außerkrafttreten“ wird als § 22 bezeichnet.

50. Nach dem nunmehrigen § 22 wird folgender § 23 angefügt:

„§ 23

#### **Übergangsbestimmungen zur Novelle LGBL Nr. 62/2012**

(1) Pflanzenschutzmittel nach § 3 Abs. 4 des Pflanzenschutzmittelgesetzes 1997 dürfen unter der Voraussetzung, dass die Zulassung im Ursprungsmitgliedstaat noch aufrecht ist, die Konformität mit den Rechtsvorschriften der Europäischen Union gegeben ist und sie entsprechend den Bestimmungen des Pflanzenschutzmittelgesetzes 1997 gekennzeichnet sind, längstens bis 31. Dezember 2014 verwendet werden.

(2) Der § 10 Abs. 2 zweiter Satz in der Fassung LGBL Nr. 62/2012 ist erst ab dem 1. Jänner 2014 einzuhalten.

(3) Ein Sachkundenachweis nach § 11 Abs. 2 in der Fassung LGBL Nr. 58/2007 gilt längstens bis zum 25. November 2015 als Pflanzenschutzmittelausweis im Sinne des § 11 Abs. 1 in der Fassung LGBL Nr. 62/2012. Personen, die Pflanzenschutzmittel beruflich verwenden und über einen solchen Sachkundenachweis verfügen, müssen für die Ausstellung eines Pflanzenschutzmittelausweises nur die Teilnahme an einem Fortbildungskurs oder einer anerkannten Fortbildungsmaßnahme nach § 11 Abs. 7 in der Fassung LGBL Nr. 62/2012 nachweisen.

(4) Personen, die Pflanzenschutzmittel beruflich verwenden und über keinen Sachkundenachweis nach § 11 Abs. 2 in der Fassung LGBL Nr. 58/2007 verfügen, dürfen andere als giftige und sehr giftige Pflanzenschutzmittel bis längstens zum 25. November 2013 ohne Pflanzenschutzmittelausweis oder Bescheinigung nach § 11 Abs. 1 in der Fassung LGBL Nr. 62/2012 verwenden.

(5) Personen, die im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit beratend tätig sind (§ 14a), müs-

sen spätestens ab dem 26. November 2015 über einen Pflanzenschutzmittelausweis oder eine Bescheinigung nach § 11 Abs. 1 in der Fassung LGBl.Nr. 62/2012 verfügen.

(6) Die Landesregierung hat der Europäischen Kommission bis zum 30. April 2013 den Bericht über die Durchführung der Maßnahmen zur Anwendung des integrierten Pflanzenschut-

zes einschließlich der Maßnahmen nach § 17a Abs. 2 zu übermitteln.

(7) Für den Fall, dass die Änderung des § 19 in der Fassung LGBl.Nr. 62/2012 nicht kundgemacht werden kann, ist das Gesetz über eine Änderung des Pflanzenschutzgesetzes, LGBl. Nr. 62/2012, ohne diese Änderung kundzumachen.“

**Die Landtagspräsidentin:**

Dr. Bernadette Mennel

**Der Landeshauptmann:**

Mag. Markus Wallner

## 63. Gesetz

### über eine Änderung des Schulerhaltungsgesetzes

Der Landtag hat beschlossen:

Das Schulerhaltungsgesetz, LGBl.Nr. 32/1998, in der Fassung LGBl.Nr. 45/2000, Nr. 28/2002 und Nr. 37/2006, wird wie folgt geändert:

1. Im § 11 Abs. 3 erster Satz wird die Wortfolge „schulübergreifenden Tagesbetreuung“ durch die Wortfolge „schul- oder schulartenübergreifenden Tagesbetreuung“ ersetzt.
2. Im § 11 Abs. 3 wird nach dem ersten Satz folgender Satz eingefügt:  
„Bei sonstigem Nichtzustandekommen einer schulischen Tagesbetreuung auch bei schulartenübergreifender Führung besteht eine entsprechende Verpflichtung bereits ab zwölf Anmeldungen.“
3. Im § 11 Abs. 3 letzter Satz wird das Wort „Diese“ durch das Wort „Die“ ersetzt.
4. Im § 12 Abs. 1 lit. b wird die Wortfolge „Lehrer oder Erzieher“ durch die Wortfolge „Lehrer, Erzieher oder Freizeitpädagogen“ ersetzt.
5. Dem § 14 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:  
„Dies gilt auch für die Verwendung von Gebäuden, einzelnen Räumen oder sonstigen Liegenschaften oder Liegenschaftsteilen für schulische Zwecke.“
6. Der § 14 Abs. 6 entfällt.

7. Im § 16 Abs. 1 wird die Wortfolge „Volks- bzw. Erwachsenenbildung“ durch das Wort „Weiterbildung“ ersetzt.

8. Im § 18a Abs. 2 erster Satz wird das Wort „Bezirkshauptmannschaft“ durch das Wort „Landesregierung“ ersetzt.

9. Im § 20 Abs. 5 lit. b Z. 1 und 2 wird jeweils das Wort „Bezirkshauptmannschaft“ durch das Wort „Landesregierung“ ersetzt.

10. Im § 23 Abs. 1 erster Satz wird nach dem Wort „Aufsicht“ die Wortfolge „der Landesregierung“ eingefügt.

11. Im § 23 entfällt der Abs. 2 und werden die bisherigen Abs. 3 bis 5 als Abs. 2 bis 4 bezeichnet.

12. Im § 37 werden der Text des § 37 als Abs. 1 bezeichnet und nach dem nunmehrigen Abs. 1 folgende Abs. 2 und 3 angefügt:

„(2) Das Gesetz über eine Änderung des Schulerhaltungsgesetzes, LGBl.Nr. 63/2012, ausgenommen die §§ 11 Abs. 3 und 12 Abs. 1 lit. b in der Fassung LGBl.Nr. 63/2012, tritt mit 1. September 2012 in Kraft.

(3) Die §§ 11 Abs. 3 und 12 Abs. 1 lit. b in der Fassung LGBl.Nr. 63/2012, treten rückwirkend mit 1. September 2011 in Kraft.“

**Die Landtagspräsidentin:**

Dr. Bernadette Mennel

**Der Landeshauptmann:**

Mag. Markus Wallner

## 64. Gesetz

### über eine Änderung des Pflichtschulorganisationsgesetzes

Der Landtag hat beschlossen:

Das Pflichtschulorganisationsgesetz, LGBl.Nr. 17/1984, in der Fassung LGBl.Nr. 21/1988, Nr. 39/1992, Nr. 26/1995, Nr. 9/1998, Nr. 46/2000, Nr. 38/2006 und Nr. 39/2009, wird wie folgt geändert:

1. Dem § 18b Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:  
„Eine klassen-, schulstufen-, schul- oder schulartenübergreifende Betreuung ist ab fünfzehn angemeldeten Schülern (bei sonstigem Nichtzustandekommen einer schulischen Tagesbetreuung auch bei schulartenübergreifender Führung ab zwölf angemeldeten Schülern) jedenfalls bis 16.00 Uhr und bei Bedarf darüber hinaus anzubieten.“
2. Dem § 18b wird folgender Abs. 5 angefügt:  
„(5) Für die Bildung von schulartenübergreifenden Gruppen gilt Abs. 4 sinngemäß mit folgenden Maßgaben:  
a) für die Höchstzahl der Schüler gilt die jeweils höhere Klassenschülerhöchstzahl der betreffenden Schulart, wobei sich diese Zahl für jeden in der Gruppe betreuten Sonderschüler um zwei verringert;  
b) die Mindestzahl der Schüler beträgt ein Viertel der jeweils niedrigeren Klassenschülerhöchstzahl der betreffenden Schulart.  
Werden in einer schulartenübergreifenden Gruppe auch Schüler einer Schule im Sinne des § 10

Abs. 2 lit. b bis i betreut, kann die Landesregierung im Einzelfall andere Gruppengrößen festlegen. Dabei ist auf die zusätzlichen Anforderungen, die sich aus der Anzahl der Kinder und der Art und Schwere ihrer Behinderung ergeben, Rücksicht zu nehmen.“

3. Die Überschrift des § 19 lautet:

„§ 19

**Lehrer, Erzieher und Freizeitpädagogen“**

4. Der § 19 Abs. 6 lautet:  
„(6) An ganztägigen Schulen sind für die gegenstandsbezogene Lernzeit die erforderlichen Lehrer, für die individuelle Lernzeit die erforderlichen Lehrer oder Erzieher und für die Freizeit die erforderlichen Lehrer, Erzieher oder Freizeitpädagogen zu bestellen. Außerdem kann auf Vorschlag des Schulleiters zu dessen Unterstützung ein Lehrer oder Erzieher als Leiter des Betreuungsteiles bestellt werden.“
5. Im § 22 Abs. 1 wird die Wortfolge „folgenden Absätzen“ durch die Wortfolge „Abs. 2 bis 4“ ersetzt.
6. Dem § 22 wird folgender Abs. 5 angefügt:  
„(5) Das Gesetz über eine Änderung des Pflichtschulorganisationsgesetzes, LGBl.Nr. 64/2012, tritt rückwirkend mit 1. September 2011 in Kraft.“

**Die Landtagspräsidentin:**

Dr. Bernadette Mennel

**Der Landeshauptmann:**

Mag. Markus Wallner

## 65. Gesetz

### über eine Änderung des Pflichtschulzeitgesetzes

Der Landtag hat beschlossen:

Das Pflichtschulzeitgesetz, LGBl.Nr. 31/1998, in der Fassung LGBl.Nr. 27/2004, Nr. 39/2006 und Nr. 47/2010, wird wie folgt geändert:

1. In den §§ 2 Abs. 4, 3 Abs. 2, 4 Abs. 5 und 6 Abs. 1 wird das Wort „Bezirkshauptmannschaft“ durch das Wort „Landesregierung“ ersetzt.
2. Der § 3 Abs. 3 lautet:



- „(3) Bei Unbenützbarkeit des Schulgebäudes, in Katastrophenfällen oder aus sonstigen zwingenden Gründen ist die unumgänglich notwendige Zeit von der Landesregierung durch Verordnung schulfrei zu erklären.“
3. Im § 3 Abs. 5 wird die Wortfolge „nach Abs. 3 zuständige Behörde“ durch das Wort „Landesregierung“ ersetzt.
  4. Im § 13 Abs. 1 entfällt die Wortfolge „und der Bezirkshauptmannschaft“.
  5. Im § 13 Abs. 2 wird die Wortfolge „der Landesregierung aufgrund dieses Gesetzes“ durch die Wortfolge „nach Abs. 1“ ersetzt.
  6. Dem § 16 wird folgender Abs. 3 angefügt:  
„(3) Das Gesetz über eine Änderung des Pflichtschulzeitgesetzes, LGBl.Nr. 65/2012, tritt mit 1. September 2012 in Kraft.“

**Die Landtagspräsidentin:**

Dr. Bernadette Mennel

**Der Landeshauptmann:**

Mag. Markus Wallner

## 66. Gesetz

### über eine Änderung des Landeslehrer-Diensthöheitsgesetzes

Der Landtag hat beschlossen:

Das Landeslehrer-Diensthöheitsgesetz, LGBl.Nr. 34/1964, in der Fassung LGBl.Nr. 25/1976, Nr. 4/2007 und Nr. 36/2009, wird wie folgt geändert:

1. Der § 2 entfällt.
2. Der bisherige § 2a wird als § 2 bezeichnet.
3. Im nunmehrigen § 2 Abs. 1 lit. b wird der Punkt durch einen Beistrich ersetzt.
4. Dem nunmehrigen § 2 Abs. 1 wird folgende lit. c angefügt:  
„c) Gewährung von Sonderurlauben bis zu drei Tagen.“
5. Der § 4 Abs. 1 lautet:  
„(1) Die Leistungsfeststellung obliegt der Leistungsfeststellungskommission, die beim Amt der Landesregierung einzurichten ist.“
6. Im § 4 entfällt der Abs. 2 und wird der bisherige Abs. 3 durch folgenden neuen Abs. 2 ersetzt:  
„(2) Der Leistungsfeststellungskommission haben anzugehören:  
a) ein von der Landesregierung zu bestellender rechtskundiger Landesbediensteter als Vorsitzender,  
b) für die Lehrer an öffentlichen Volks-, Haupt- und Sonderschulen sowie an Polytechnischen Schulen der zuständige Bezirksschulinspektor, für die Lehrer an öffentlichen Berufsschulen sowie für die Lehrer an land- und forstwirtschaftlichen Fachschulen der zuständige Landesschulinspektor,  
c) zwei von der zuständigen Personalvertretung bestellte Lehrer jener Schulart, der der betroffene Lehrer angehört.“
7. Im § 4 entfallen die Abs. 4 und 5.
8. Im § 4 wird der bisherige Abs. 6 durch folgenden neuen Abs. 3 ersetzt:  
„(3) Die Kommission nach Abs. 2 ist beschlussfähig, wenn die in Abs. 2 lit. a und b genannten Mitglieder oder deren Vertreter sowie mindestens eines der in Abs. 2 lit. c genannten Mitglieder (Ersatzmitglieder) anwesend sind. Zu einem gültigen Beschluss ist die einfache Mehrheit der Stimmen der anwesenden Kommissionsmitglieder erforderlich.“
9. Im § 4 wird der bisherige Abs. 7 als Abs. 4 bezeichnet; im nunmehrigen Abs. 4 entfällt die Wortfolge „ Abs. 3 lit. b und Abs. 5 lit. a und b“.
10. Im § 4 wird der bisherige Abs. 8 als Abs. 5 bezeichnet; im nunmehrigen Abs. 5 erster Satz wird das Wort „Kommissionen“ durch das Wort „Leistungsfeststellungskommission“ ersetzt und im zweiten Satz die Wortfolge „Kommissionen müssen“ durch die Wortfolge „Kommission muss“ ersetzt.
11. Dem § 4 wird folgender Abs. 6 angefügt:

„(6) Über Berufungen gegen Bescheide der Leistungsfeststellungskommission entscheidet der Unabhängige Verwaltungssenat.“

12. Der § 5 Abs. 1 lautet:

„(1) Die Durchführung des Disziplinarverfahrens erster Instanz obliegt der Disziplinarcommission, die beim Amt der Landesregierung einzurichten ist.“

13. Im § 5 entfällt der Abs. 2 und wird der bisherige Abs. 3 durch folgenden neuen Abs. 2 ersetzt:

„(2) Der Disziplinarcommission haben anzugehören:

- a) ein von der Landesregierung zu bestellender rechtskundiger Landesbediensteter als Vorsitzender,
- b) für die Lehrer an öffentlichen Volks-, Haupt- und Sonderschulen sowie an Polytechnischen Schulen der zuständige Bezirksschulinspektor, für die Lehrer an öffentlichen Berufsschulen sowie für die Lehrer an land- und forstwirtschaftlichen Fachschulen der zuständige Landesschulinspektor,
- c) zwei von der zuständigen Personalvertretung bestellte Lehrer jener Schulart, der der beschuldigte Lehrer angehört.“

14. Im § 5 wird der bisherige Abs. 4 durch folgenden neuen Abs. 3 ersetzt:

„(3) Die Kommission nach Abs. 2 ist beschlussfähig, wenn die in Abs. 2 lit. a und b genannten Mitglieder oder deren Vertreter sowie mindestens eines der in Abs. 2 lit. c genannten Mitglieder (Ersatzmitglieder) anwesend sind. Zu einem gültigen Beschluss ist die einfache Mehrheit der Stimmen der anwesenden Kommissionsmitglieder erforderlich.“

15. Im § 5 wird der bisherige Abs. 5 als Abs. 4 be-

zeichnet; im nunmehrigen Abs. 4 entfällt die Wortfolge „und Abs. 3 lit. b“.

16. Im § 5 wird der bisherige Abs. 6 als Abs. 5 bezeichnet; im nunmehrigen Abs. 5 erster Satz wird das Wort „Disziplinarcommissionen“ durch das Wort „Disziplinarcommission“ und im zweiten Satz die Wortfolge „Kommissionen müssen“ durch die Wortfolge „Kommission muss“ ersetzt.

17. Im § 5 wird der bisherige Abs. 7 als Abs. 6 bezeichnet.

18. Der § 6 Abs. 1 lautet:

„(1) Die Landesregierung hat auf die Dauer der Funktionsperiode der Disziplinarcommission nach § 5 einen rechtskundigen Landesbediensteten zum Disziplinaranwalt zu bestellen.“

19. Der § 7 Abs. 1 lautet:

„(1) Den Kommissionsmitgliedern nach § 4 Abs. 2 lit. c sowie nach § 5 Abs. 2 lit. c gebührt der Ersatz der notwendigen Fahrtauslagen und eine Entschädigung für Zeitversäumnis.“

20. Dem § 8 werden folgende Abs. 3 und 4 angefügt:

„(3) Das Gesetz über eine Änderung des Landeslehrer-Diensthoheitsgesetzes, LGBI.Nr. 66/2012, tritt, ausgenommen § 8 Abs. 4 erster Satz in der Fassung LGBI.Nr. 66/2012, am 1. September 2012 in Kraft.

(4) Die Kommissionen nach den §§ 4 und 5 in der Fassung des Gesetzes LGBI.Nr. 66/2012 sind mit Wirksamkeit zum 1. September 2012 neu zu bilden. Leistungsfeststellungs- und Disziplinarverfahren, die vor dem Zeitpunkt des Inkrafttretens eingeleitet wurden, sind nach den bis zu diesem Zeitpunkt geltenden Vorschriften zu beenden.“

#### **Die Landtagspräsidentin:**

Dr. Bernadette Mennel

#### **Der Landeshauptmann:**

Mag. Markus Wallner

## **67. Verordnung**

### **der Landesregierung über die Geschäftsordnung für die Kulturbeiräte und Kunstkommissionen**

Auf Grund des § 10 Abs. 8 des Kulturförderungsgesetzes, LGBl.Nr. 38/2009, wird verordnet:

#### **§ 1 Allgemeines**

(1) Die Bestimmungen dieser Geschäftsordnung gelten für die Kulturbeiräte gemäß § 7 Abs. 1 des Kulturförderungsgesetzes (Wissenschaftsbeirat, Weiterbildungsbeirat, Beirat für sonstige kulturelle Angelegenheiten), die Kunstkommissionen gemäß § 8 Abs. 1 und 2 des Kulturförderungsgesetzes und allenfalls weitere von der Landesregierung gemäß § 9 Abs. 1 des Kulturförderungsgesetzes eingerichtete Kunstkommissionen.

(2) Die Geschäftsbehandlung für die Kulturbeiräte und Kunstkommissionen obliegt der nach der Geschäftseinteilung des Amtes der Landesregierung für Angelegenheiten der Wissenschaft, Weiterbildung bzw. Kunst jeweils zuständigen Abteilung.

(3) Die Kulturbeiräte haben die Landesregierung in grundsätzlichen oder sonst bedeutsamen Fragen der Kulturförderung zu beraten. Die Kunstkommissionen haben die Aufgabe, die Landesregierung in Einzelfragen der Kunstförderung zu beraten.

#### **§ 2 Einberufung der Sitzungen**

(1) Die Kulturbeiräte und Kunstkommissionen sind nach Bedarf, die Kulturbeiräte jedoch mindestens ein Mal jährlich, von der vorsitzenden Person einzuberufen. Die Einberufung hat auch zu erfolgen, wenn dies zwei Drittel der Mitglieder des jeweiligen Gremiums unter Angabe des Grundes verlangen.

(2) Die Mitglieder der Kulturbeiräte und Kunstkommissionen sind mindestens zwei Wochen vor der Sitzung unter Bekanntgabe der Tagesordnung einzuladen.

(3) Die vorsitzende Person hat zu einer Sitzung erforderlichenfalls Sachverständige und Auskunftspersonen beizuziehen.

(4) Das zuständige Mitglied der Landesregierung ist berechtigt, an den Sitzungen einer Kunstkommission teilzunehmen.

#### **§ 3 Beschlüsse**

(1) Die Beschlussfähigkeit der Kulturbeiräte und Kunstkommissionen ist gegeben, wenn die Einladung ordnungsgemäß erfolgt ist und mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist.

(2) Zu einem Beschluss ist die einfache Mehrheit der Stimmen erforderlich.

(3) Unter dem Tagesordnungspunkt „Allfälliges“ dürfen keine Beschlüsse gefasst werden.

(4) Die Anhörung der Kulturbeiräte zu den Richtlinien gemäß § 6 Abs. 3 des Kulturförderungsgesetzes ist auch im Umlaufweg zulässig. Zu diesem Zweck ist den Mitgliedern der Entwurf der Richtlinien vorzulegen. Die vorsitzende Person hat in diesem Fall für die Abstimmung eine Frist von mindestens zwei Wochen festzusetzen, nach deren ungenutztem Ablauf die Zustimmung anzunehmen ist.

#### **§ 4 Abstimmung**

(1) In den Kulturbeiräten sind die vorsitzende Person und die berichtende Person nicht stimmberechtigt.

(2) In einer Kunstkommission hat sich ein Mitglied, das im Sinne des § 7 AVG befangen ist, seiner Stimme zu enthalten.

(3) Eine schriftliche Abstimmung ist dann durchzuführen, wenn dies die vorsitzende Person anordnet oder mindestens ein Drittel der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder verlangt.

#### **§ 5 Niederschrift**

(1) Über jede Sitzung ist eine Niederschrift zu verfassen, die den Ort und die Zeit der Sitzung, die anwesenden Personen, die Tagesordnung und die gefassten Beschlüsse zu enthalten hat.

(2) Die Niederschrift ist von der vorsitzenden Person zu unterfertigen.

#### **§ 6 Informationsveranstaltungen der Kunstkommissionen**

(1) Die gemäß den §§ 8 Abs. 3 und 9 Abs. 3 des

Kulturförderungsgesetzes einmal jährlich durchzuführenden Veranstaltungen zur Information über die Beratungspraxis der Kunstkommissionen sind in geeigneter Weise öffentlich bekannt zu machen.

(2) Die Mitglieder der jeweiligen Kunstkommission und alle förderungswerbenden Personen, die im Berichtsjahr ein Förderansuchen eingebracht haben, sind über diese öffentlichen Veranstaltungen schriftlich zu verständigen.

#### § 7

##### **Entschädigung für Zeitversäumnis und Fahrtkosten**

(1) Den Mitgliedern der Kulturbeiräte und Kunstkommissionen gebührt eine Entschädigung für Zeitversäumnis und der Ersatz der notwendigen Fahrtauslagen gemäß der Verordnung der Landesregierung über die Entschädigung von Mitgliedern von Kollegialbehörden, Kunstkommissionen und Beiräten, LGBI.Nr. 33/2002, in der jeweils geltenden Fassung.

(2) Der vorsitzenden Person und der berichtenden Person sowie Landesbediensteten, die als fach-

lich befähigte Mitglieder bestellt sind und diese Funktion im Rahmen ihrer dienstlichen Tätigkeit wahrnehmen, gebührt keine Entschädigung.

(3) Mit den zu einer Sitzung beigezogenen Sachverständigen oder Auskunftspersonen sowie mit jenen Mitgliedern einer Kunstkommission, die bei der Ausschreibung von Wettbewerben als Juroren tätig sind, kann die gemäß § 1 Abs. 2 zuständige Abteilung privatrechtliche Honorarvereinbarungen abschließen.

#### § 8

##### **Außerkräfttreten**

Die Verordnung über die Geschäftsordnung für die Wissenschafts- und die Heimatpflegekommission, LGBI.Nr. 28/1982, die Verordnung der Landesregierung über die Bildung einer Heimatpflegekommission, LGBI.Nr. 14/1975, die Verordnung über die Bildung einer Wissenschaftskommission, LGBI.Nr. 13/1975 und die Verordnung über die Geschäftsordnung für den Kulturbeirat, die Volksbildungs- und die Kunstkommission, LGBI.Nr. 14/1974, werden aufgehoben.

#### **Für die Vorarlberger Landesregierung: Der Landeshauptmann:**

Mag . Markus Wallner

## **68.**

### **Verordnung**

#### **der Landesregierung über eine Änderung der Verordnung über die Schulsprengel der öffentlichen Polytechnischen Schulen**

Auf Grund der §§ 17 und 18 des Schulerhaltungsgesetzes, LGBI.Nr. 32/1998, in der Fassung LGBI.Nr. 45/2000, wird verordnet:

##### **Artikel I**

Die Verordnung der Landesregierung über die Schulsprengel der öffentlichen Polytechnischen Schulen, LGBI.Nr. 44/1979, in der Fassung LGBI.Nr. 24/1992, Nr. 90/1997, Nr. 53/2003, Nr. 30/2005, Nr. 47/2008 und Nr. 56/2008, wird wie folgt

geändert:

Im § 1 Buchstabe B wird nach der Wortfolge „Polytechnische Schule Bregenz“ die Wortfolge „und Polytechnische Klassen an der Volksschule Lauterach-Unterfeld (Gemeinsamer Schulsprengel)“ eingefügt.

##### **Artikel II**

Der Art. 1 tritt am 1. September 2012 in Kraft.

#### **Für die Vorarlberger Landesregierung: Der Landeshauptmann:**

Mag . Markus Wallner

## **69.**

### **Verordnung**

#### **der Landesregierung über eine Änderung der Abgabegruppenverordnung**

Auf Grund des § 9 des Tourismusgesetzes, LGBl. Nr. 86/1997, wird verordnet:

folgt geändert:

Die Abgabegruppenverordnung, LGBl.Nr. 1/1992, in der Fassung LGBl.Nr. 59/1996, wird wie

Im § 1 Z. 1 wird in der Tabelle nach der Zeile „Schindelerzeuger 5 5 6“ die Zeile „Konzessionierte Schilehrer 1 1 1“ eingefügt.

**Für die Vorarlberger Landesregierung:  
Der Landeshauptmann:**

M a g . M a r k u s W a l l n e r